Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,90 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 15 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 20 Pfg., im Reklameteil 60 Pfg., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Postscheckkonto: Leipzig 39070. :—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 33 — Sonntag, den 8. Februar 1920 — 46. Jahrg.

Zur europäischen Wirtschaftskrise.

Die Absicht der Entente, wie sie die Auslieferungsforderung wieder mit erschreckender Deutlichkeit vor Augen führt, aus Deutschland ungeheure Summen herauszupressen und gleichzeitig unversöhnliche Rache an ihm zu nehmen, ist undurchführbar. Bald wird man sich auch im Lager unserer Gegner keinen Illusionen mehr darüber hingeben können, daß eine Fortführung der Politik von Versailles gegenüber Deutschland auf die Dauer unmöglich werden muß. Der Versailler Vertrag bedeutet für den überwiegenden Teil unserer Gegner eine Fessel, die sie in wirtschaftlicher Beziehung eng an das Schicksal Deutschlands bindet. Je größer die Belastung ist, die übermütige Sieger den geschwächten Schultern des Unterlegenen aufbürden, desto tiefer wird sie ihn drücken, bis er eines Tages völlig darunter zusammenbricht, in seinem Sturze mit sich reißend, was auf ihm ruht. So geht Europa einer Katastrophe entgegen, wenn es nicht rechtzeitig gelingt, die einzelnen Völker zu gegenseitiger Verständigung und Anerkennung ihrer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten zu bewegen. Auch wenn Deutschland den Versuch macht, die Kraft, die es von außen nicht erwarten kann, in sich selbst zu finden, um durch angestrengte Arbeit und größte Sparsamkeit wieder hochzukommen, wird all seine Mühe zunächst immer eine belebig zu leinen Unguusten verrückbare Grenze finden in dem Frieden von Versailles, der entgegen Wilsons Versprechungen nicht einen Verständigungsfrieden, sondern, wie er kürzlich mit Recht genannt wurde, eine unheilvolle Vermischung von Vernichtungs- und Ausbeutungsfrieden darstellt. Das Vertragsinstrument von Versailles stellt wirtschaftliche Ansprüche an Deutschland, die nach sachverständigem Urteil von einem durch einen fünfjährigen Krieg mitgenommenen und durch Gebietsabtretungen verkleinerten Lande nicht erfüllt werden können.

Diese Erkenntnis hat sich leider in den Köpfen der führenden Politiker der Entente noch nicht durchgerungen. Aber es mehren sich in ihrem Lager die Stimmen der Vernunft, wenn sie auch meistens vorläufig nur von einzelnen markenden Wirtschaftspolitikern oder Presseorganen ausgehen. So hat zum Beispiel laut „Frankfurter Zeitung" der jetzt zurücktretende amerikanische Schatzsekretär Glaß dem Präsidenten der New Yorker Handelskammer gegenüber soeben in längeren Ausführungen zu dem Baluta-Problem Stellung genommen. Eine interessante Stelle seines Schreibens besagt: „Es gibt für die Alliierten keine logische und praktische Möglichkeit, um ihren eigenen Wiederaufbau zu ermöglichen, als ihre Entschädigungsansprüche gegenüber Deutschland festzulegen durch Verkürzung ihrer Forderungen auf einen bestimmten Betrag, den Deutschland vernünftigerweise zahlen kann, und für Deutschland Schuldverschreibungen auf diesen Betrag auszugeben. Dieses Anwachsen von Deutschlands Fähigkeit, zu zahlen, wird Vertrauen in die Welt zurückbringen und Handel und Wandel in der Welt verbessern. Die Aufrechterhaltung von Forderungen, die nicht bezahlt werden können, erregt Unwillen und erzielt keine vernünftigen Folgen." Hält man neben diese Mitteilung eine Stimme aus England, so kann man den Eindruck gewinnen, daß allmählich bei der Regelung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Völker die Vernunft wieder mitzusprechen beginnt. Der finanzielle Berater der britischen Regierung, Sir George Paish, Herausgeber der bekannten wirtschaftlichen Zeitschrift „The Statist" schreibt Mitte Dezember: „Es sei nutzlos, auf die ersten Zahlungen Deutschlands an Frankreich und Italien zu warten, denn vor einem Jahre können sie nicht erfolgen. Lasse man Deutschland zugrunde gehen, so würde sich die Erschütterung auf Frankreich, Italien, ja sogar auf England übertragen und auch diese Staaten vernichten. Wolle man Frankreich wiederherstellen, so müsse Deutschland zunächst wiederhergestellt werden. Ohne Rohstoffe für seine Fabriken und ohne Lebensmittel für seine Bevölkerung könne es eine Wiedergutmachung nicht leisten." Nach einer Amsterdamer Meldung vom 2. d. Mts. hielt ferner der britische Handelsminister, Sir Auckland Geddes vor der Handelskammer von Plymouth eine Rede, in der er sagte, die große Lehre des Krieges für den Kaufmann sei, daß die Völker von einander abhängen und nicht unabhängig seien. Solange Europa nicht auf die Beine gesetzt sei, könne in Handel und Industrie keine Stabilität erwartet werden. Geddes warnte die Zuhörer vor dem Haß und dem Neid gegen andere Völker. Eine ähnliche Meldung bringen die jüngsten Nachrichten aus Belgien. Die Brüsseler Handelskammer trat vor einiger Zeit zu einer Sitzung zusammen. Der Präsident verlas ein Schreiben des Ministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, in dem mitgeteilt wurde, daß die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland entschieden, und alle bisher in Belgien angeordneten Beschränkungen aufgehoben seien. Dieser Schritt wurde von den Mitgliedern der Handelskammer lebhaft begrüßt. Der Haß sei während des Krieges notwendig, aber im Frieden müsse er verschwinden! Die liberale „Westminster Gazett" behauptet, daß der englische Ministerpräsident, Lloyd George, nicht nur in seiner Haltung Rußland gegenüber, sondern auch Deutschland gegenüber anderer Ansicht geworden sei. Lloyd George soll sogar geneigt sein, die von Deutschland verlangten Leistungen zu ermäßigen. Das Zustandekommen des holländisch-deutschen Kreditabkommens wird von niederländischer Seite mit Recht ein Schritt vorwärts zum Endziel, nämlich zu der internationalen Regelung der gesamten Weltkreditfrage, bezeichnet.

Allenthalben beginnt man also, einzusehen, daß es keinen Zweck hat, mit Deutschland zu umgehen, wie mit der Henne, die die goldenen Eier legen sollte, die aber vorher geschlachtet wurde. Auch in Frankreich dürfte die furchtbare Erschütterung, welche die Markvaluta und in ihrem Gefolge auch die Francvaluta in den letzten Wochen durchgemacht hat, manchem die Augen geöffnet haben. Frankreich, das gerade der treibende Faktor in der Wiedergutmachungsfrage ist, muß sich allmählich darüber klar werden, daß sich die Wiedergutmachungsforderungen nur dann in die Praxis umsetzen lassen, wenn man die Leistungsfähigkeit Deutschlands wiederherstellt. Der Franzose Jonnart ist zum Präsidenten der Wiedergutmachungskommission ernannt worden. Davon, wie er und seine Mitarbeiter aus den anderen Ententestaaten ihr Amt führen werden, wird viel für die weitere Entwickelung der wirtschaftlichen Zukunft Europas abhängen.

Neueste Nachrichten.

Frankreich droht scharfe Repressalien bei Nichterfüllung des Friedensvertrages an.

Paris, 7. Febr. (Priv.-Telegr.) In seiner Kammerrede sagte der Ministerpräsident Millerand: Deutschland müsse 27 Millionen Tonnen Kohlen jährlich liefern. Die Deutschen verbrennten mehr Kohlen als die Franzosen. (Wie groß mag dann erst die Kohlennot in Frankreich sein und wie groß die Raubsucht Frankreichs? D. Red.) Das sei eine Lage, die er nicht anerkennen könne. Der Ministerpräsident besprach alsdann die Mittel, über die man verfüge, und die im Friedensvertrag vorgesehen seien, um von Deutschland die Ausführung der Friedensvertragsklausel zu verlangen. Er verlas den Artikel 429 des Friedensvertrags und sagte: „Ich habe also die Absicht, Deutschland zu benachrichtigen, daß im Falle offenbarer Nichtausführung einer seiner Verpflichtungen die im Artikel 429 vorgesehene Frist für aufgehoben erklärt wird und nicht mehr läuft." Der Ministerpräsident verlas auch das Kohlenabkommen und sagte: „Falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, werde man zu wirtschaftlichen und finanziellen Repressalien und alle andere nützlich erscheinenden Maßnahmen ergreifen, ohne daß Deutschland das Recht habe, sie als eine feindselige Aktion zu betrachten. Millerand fuhr wörtlich fort: „Ich beabsichtige also, wenn der Augenblick gekommen ist, mich aller Maßnahmen zu bedienen, die der Friedensvertrag mir an die Hand gibt. Ich erkläre von der Tribune herab, ohne drehen zu wollen, und nur deshalb, damit die Frage sehr klar und wohl verstanden wird: daß wir beabsichtigen, von Deutschland nichts zu verlangen, was es uns auf Grund des Friedensvertrags nicht schuldig ist, daß wir aber Alles verlangen werden, was es uns schuldet. Um dieses zu erzielen, werden wir alle Maßnahmen treffen, die der Vertrag uns an die Hand gibt."

Noch keine Überreichung der Note.

Berlin, 7. Febr. (T.-Bl.) In der Auslieferungsangelegenheit ist bisher eine Überreichung der Note und der Liste an die deutsche Regierung nicht erfolgt. Wie die Neue Berl. Zeitung berichtet, scheinen dem französischen Geschäftsträger Bedenken gekommen zu sein, die Überreichung der Note vorzunehmen. Nach einer anderen Version soll der englische Geschäftsträger darauf bestehen, die Note zu überreichen. Die Regierung wird ihre Entscheidung erst in der nächsten Woche treffen, nachdem sie mit den sämtlichen Parteiführern Rücksprache genommen hat. Trotzdem Deutschland dem Völkerbund noch nicht angehört, könnte die Auslieferungsfrage vor ein Völkerbundsschiedsgericht gebracht werden.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Prag, 7. Febr. (T.-Bl.) Das Plebiszit in Teschen und in Oberschlesien wird wahrscheinlich am 4. März d. J. durchgeführt werden.

Besprechungen in Berlin.

Berlin, 7. Febr. (T.-Bl.) Der Reichskanzler hat für heute nachmittag 4 Uhr den interfraktionellen Ausschuß einberufen. Um 6 Uhr werden dann die Fraktionsführer zur Besprechung zusammenkommen. Inzwischen finden Vorbesprechungen innerhalb der einzelnen Parteien statt.

Die Ubootkommandanten auf der Auslieferungsliste.

Berlin, 7. Febr. (T.-Bl.) Die Admiralität hat, der Neuen Berliner Zeitung zufolge, den die Marine betreffenden Teil der inoffiziellen Auslieferungsliste bereits vollkommen durchgearbeitet, so daß mitgeteilt werden kann, daß 29 Ubootkommandanten, darunter 11 Ritter des Ordens „Pour le merite", ausgeliefert werden sollen. Sämtliche Marineoffiziere werden von England gefordert mit Ausnahme von 8 Ubootkommandanten, deren Auslieferung Italien verlangt.

Protestkundgebungen gegen das Auslieferungsverlangen.

Berlin, 7. Febr. (Priv.-Telegr.) Dem flammenden Protest der Berliner Universität gegen die Auslieferung deutscher Bürger an die Entente haben sich die übrigen Berliner Hochschulen, die Technische Hochschule, Tierärztliche Hochschule und Landwirtschaftliche Hochschule einmütig angeschlossen.

Hannover, 7. Febr. (T.-Bl.) Gegen die Auslieferung deutscher Bürger an die Entente haben hier Massenkundgebungen eingesetzt, die sich über die ganze Provinz ausdehnen sollen. In Versammlungen und Vereinen wird erklärt, man würde Hindenburg auf keinen Fall hergeben.

Kein schweizerischer Gerichtshof für die Auslieferung.

Zürich, 7. Febr. (T.-Bl.) Gegenüber einer Berliner Meldung, wonach die Schweiz sich bereit erklärt habe, für die Auslieferungsfrage einen neutralen Gerichtshof zu bilden, ist die Nationalzeitung zu einem scharfen Dementi ermächtigt. Sie kann mit aller Bestimmtheit erklären, daß an der Behauptung kein wahres Wort ist.

Ein Eisenbahnunglück bei Frankleben.

Merseburg, 7. Febr. 3 Uhr nachmittags. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich heute nachmittag auf der Strecke Merseburg—Mücheln. Zwischen den Stationen Frankleben und Niederbeuna fuhr ein Güterzug auf den um 12,58 Uhr von Merseburg nach Mücheln fahrenden Personenzug, der um 1,10 Uhr von Niederbeuna abfährt. Wie wir hören, sind der Lokomotivführer und der Zugführer des Personenzuges schwer verletzt. Der Sachschaden ist ein erheblicher. Einzelheiten konnten wir bis zur Drucklegung der Zeitung noch nicht erfahren, auch nicht bei der Eisenbahn auf telephonische Anfrage.

Nach dem Frieden.

Weitere Auslieferungsverlangen in Aussicht.

Berlin, 7. Febr. Wie der „L.-A." hört, ist Freiherr v. Lersner, der gestern vormittag in Berlin eingetroffen ist, zu Nachmittag nach dem Auswärtigen Amt gebeten worden, um über die Vorgänge in Paris und seine Handlungsweise Vortrag zu halten. Im Anschluß daran finden Beratungen statt, wie die Geschäfte in Paris weitergeführt werden sollen.

Mit der vorliegenden Auslieferungsliste ist, wie der „L.-A." mitteilt, die Forderung der Entente noch nicht beendet. Die alliierten Mächte haben in der dem Freiherrn v. Lersner übergebenen und von diesem wieder zurückgesandten Note ausdrücklich erklärt, daß weitere Auslieferungen sich ergeben würden, wenn einmal erst das Verfahren gegen die 900 Deutschen eingeleitet sei.

Die Zwangsmaßnahmen der Entente.

Kopenhagen, 7. Febr. Nach einem Bericht der „Berlingske Tidende" aus Paris wird erzählt, daß man dort Verwicklungen, die niemand wünschen könne, wohl voraussehe, trotzdem aber an der Durchführung der Friedensbestimmungen glaube festhalten zu müssen. In parlamentarischen Kreisen ist man sich darüber klar, daß man Zwangsmaßnahmen anwenden müsse, da es für die Entente unmöglich sei, zurückzuweichen oder die Entscheidung auszusetzen. Der Friedenszustand ließe zwar militärische Maßnahmen nicht zu und wirtschaftliche Druckmittel seien bereits aus Anlaß der Kohlenfrage nötig geworden. In der Auslieferungsangelegenheit werde man Deutschland vermutlich dadurch zu zwingen suchen, daß man ihm in den besetzten Gebieten die staatlichen Rechte entziehen wolle, die ihm noch geblieben sind.

Basel, 7. Febr. Der „Petit Parisien" meldet, das Begleitschreiben weise darauf hin, daß Deutschland bei Nichtannahme der Vertragsbestimmungen sich zum wenigsten dem Risiko aussetze, daß die rheinischen Provinzen besetzt werden; es sollen aber auch andere Maßnahmen vorgesehen sein.

Aus Paris wird weiter gemeldet: In Paris wartet man auf die Entscheidung, die nur von Berlin kommen kann. Diese Entscheidung dürfte aber schon gefallen sein, und zwar in London und Washington. Die englischen Blätter scheinen unnachgiebig zu sein, schweigen sich aber aus über die Mittel, die Durchführung des Friedensvertrages zu erzwingen. Die „Evening News" sagen, es gebe nur ein Mittel, die Gewalt. Die „Rall Mall Gazette" ist der Ansicht, daß der Sieg keine Farce werden dürfe. Die „Westminster Gazette" dagegen schreibt, daß man von einem zivilisierten Staate, der eine nationale Geschichte habe, nicht verlangen könne, seine berühmtesten Heerführer einem Gerichtshof auszuliefern, der es in der Hand habe, sie zu erschießen. Der Pariser „Eclair" meint, Frankreich könne die gänzliche Entwaffnung Deutschlands erzwingen, und die Gelegenheit dazu werde man sich nicht entgehen lassen.

Holland soll auch den Kronprinzen ausliefern.

Der Sonderkorrespondent des „Matin" meldet, die Alliierten werden in allernächster Zeit eine Note an die holländische Regierung richten, in der sie auch die Auslieferung des deutschen Kronprinzen fordern.

Italien sucht einen Ausgleich.

Von informierter italienischer Seite in Wien wird erklärt, Italien könne in der Auslieferungsfrage keinen anderen Standpunkt einnehmen als die übrigen Mitglieder der Entente, da es an den Friedensvertrag gebunden sei. In Italien ist man jedoch der Meinung, daß ein Ausweg gefunden werden müsse. Italien werde nichts unversucht lassen, in Paris auf die schwerwiegenden Folgen des Beharrens auf der Auslieferung aufmerksam zu machen und vermittelnd einzugreifen.

England zur Auslieferung des Kaisers.

Aus Paris wird gemeldet: Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune" hatte eine Unterredung mit einer hochstehenden englischen Persönlichkeit. Er berichtet darüber: Wilhelm von Hohenzollern wird nicht bestraft werden. Die Alliierten werden Holland zur Auslieferung nicht zwingen. Tatsächlich sind die Alliierten über Hollands Haltung sehr glücklich, da sie dadurch von einer unbequemen Verantwortlichkeit befreit werden. Mit dieser Angelegenheit werden sich die Chefs der französischen, englischen und italienischen Regierung noch einmal beschäftigen, wenn in der nächsten Woche Millerand und Nitti nach London kommen. Bei dieser Gelegenheit soll auch die türkische, die russische und die Adriafrage besprochen werden. England und die anderen Alliierten werden befürworten, daß dem früheren Kaiser die Erlaubnis entzogen wird, in Holland selbst zu bleiben, wo er eine ständige Bedrohung des Friedens der Welt darstellt. Holland wird aufgefordert werden, ihn auf einer fernen Insel Ostiasiens zu internieren und Sicherheit dafür zu leisten, daß der Kaiser dort scharf bewacht wird.

Von derselben Persönlichkeit erfuhr der Korrespondent der „Chicago Tribune", daß die Alliierten Deutschlands Weigerung, die Schuldigen auszuliefern, nicht als bedeutungsvoll ansehen. England betrachtet die Liste der Auszuliefernden immer noch als viel zu lang und hofft, daß ein endgültiges Kompromiß zustande kommen wird, wonach Deutschland die wirklich Schuldigen selbst bestrafen wird.

Mahnung zur Vorsicht.

Genf, 7. Febr. Die Aufregung der ersten Tage hat jetzt in Paris einer ruhigen Auffassung Platz gemacht. Der „Matin" glaubt heute, daß die Alliierten schon Pfänder genug besäßen und diese nur nicht aus der Hand zu geben brauchen. Man brauche der deutschen Regierung ja nur zu erklären, daß die verbündeten Truppen weder in fünf Jahren Köln, noch nach zehn Jahren Koblenz, noch nach 15 Jahren Mainz räumen würden, solange der Auslieferungsforderung nicht nachgekommen sei. Auch Herves „Victoire" mahnt zur Vorsicht und sagt, man solle die Dinge nicht zu weit treiben und keine Maßregeln ergreifen, die die deutsche Republik politisch und wirtschaftlich erschüttern. Die „Humanité" sagt: Die Politik der kalten Rache 15 Monate nach Beendigung der Feindseligkeiten würde nur eine neue Aera der Revanchekriegsgedanken nach sich ziehen.

Aus der Liste.

Die nähere Prüfung der Liste ergibt, daß Frankreich und Belgien unter anderem die Auslieferung sämtlicher Armeeführer gefordert haben, die 1914 im Westen kommandiert haben — mit Ausnahme eines einzigen, des Generals v. Heeringen. Auf der Liste steht, außer den höchsten Führern, ein großer Teil der Kommandierenden Generale und Divisionskommandeure, und gerade derjenigen Persönlichkeiten, die mit den Verhältnissen hinter der Front, im besetzten Gebiete, wenig zu tun hatten. Warum der Großherzog von Hessen auf die Liste gesetzt worden ist, ist ein besonderes Geheimnis. Er hat den Kriegsschauplatz nur ein paarmal als Gast besucht. Der auf der Liste erwähnte v. Graevenitz dürfte der ehemalige Kommandant von Lille, der „Heinrich" dürfte der Gouverneur von Lille, General Heinrichs, sein, Freiherr v. Huene der ehemalige Kommandant von Antwerpen. Was die einzige weibliche Angeklagte, Frau Elsa Schreiner, begangen haben soll, ist nicht bekannt, ebensowenig läßt sich sagen, ob der von Frankreich geforderte „Schoen" der ehemalige Botschafter in Paris und ob „Zimmermann" der ehemalige Staatssekretär ist. Den Grafen Bernstorff haben die Franzosen wahrscheinlich auf die Liste gebracht, weil er den inzwischen erschossenen Bolo Pascha als Agenten benutzt haben soll. Freiherr von der Lancken, von dem der „Matin" am 2. Februar meldete, er werde sich „als diplomatischer Mitschuldiger an der Ermordung der Miß Cavell" auf der Auslieferungsliste befinden, ist nicht unter den Erwähnten, dagegen befindet sich unter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200208-19/fragment/page=0001

ihnen der Prinz Ratibor, der gleichfalls Mitglied der deutschen Zivilverwaltung in Belgien war.

Übersendung der Auslieferungsliste an die Neutralen.

Basel, 6. Febr. „Homme Libre" meldet, daß Clemenceau am Sonntag unmittelbar vor seiner Abreise nach Ägypten eine vertrauliche Unterredung mit Millerand hatte, in der er seinen Nachfolger beschwor, auf die strikte Ausführung des Friedensvertrages zu dringen und auch in der Auslieferungsfrage sich unnachgiebig zu zeigen. Millerand erklärte Clemenceau, er bürge für die exakte Erfüllung der Bedingungen des Friedensvertrages.

Der „Matin" meldet, daß die Liste der auszuliefernden Deutschen im Abzug an die Regierungen der neutralen Länder abgesandt wurde. Eine besondere Note der alliierten Mächte wird den neutralen Staaten noch zugehen, in der die Festnahme und Auslieferung der auf der Liste stehenden Deutschen, die sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben und nach neutralen Ländern geflüchtet sind, verlangt wird.

Wie den „Basler Nachrichten" aus Paris gemeldet wird, besteht die Möglichkeit, daß die Besetzung des Rheingebiets verlängert oder ausgedehnt wird, und es ist wahrscheinlich, daß die Alliierten diese Möglichkeit ins Auge fassen. Bevor indes die deutsche Regierung einen Beschluß gefaßt hat, werden die Alliierten sich wohl darauf beschränken, auf die Folgen aufmerksam zu machen, die das Nichtvollziehen des Versailler Vertrages zur Folge haben könnte. Der Botschafterrat würde in der Vermeigerung der Auslieferung der Schuldigen den Beweis des schlechten Willens Deutschlands sehen. Man betrachtet an maßgebender Stelle die diplomatische Lage als gespannt, sagt aber, daß sie zu keiner Beunruhigung Anlaß gäbe.

Proteste gegen die Auslieferung.

Hindenburgs und Lndendorffs Stellung zur Auslieferung.

Wie der „Lok.-Anz." erfährt, stehen Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Lndendorff in der Auslieferungsfrage auf dem Standpunkt, der durch den Entschluß zum Ausdruck kommt, der am 7. Januar in der Versammlung der Heerführer gefaßt wurde, und der dahin geht, daß sich kein Deutscher freiwillig ausliefern dürfe.

Pariser Zeitungen zufolge lauten die Anklagen gegen Hindenburg und Lndendorff auf Anstiftung zu Sachbeschädigung, Plünderung und Tötung von Zivilpersonen. Gegen Hindenburg sind mehr als 10 Anklagefälle einzeln angeführt, gegen Lndendorff mehr als 80.

Protest der Marine.

Der Chef der Marinestation der Ostsee hat am 5. Februar folgendes Telegramm an den Reichswehrminister Noske gerichtet: Die Nachricht, daß unter den Namen von hunderten der besten deutschen Männer auch der des Chefs der Admiralität, Vizeadmirals v. Trotha auf die Auslieferungsliste gesetzt ist, löst in dem mir unterstellten Befehlsbereich nur eine Stimme aus: In unwandelbarer Treue werden wir Mann für Mann vor Vizeadmiral v. Trotha, unseren Führer, stehen und erwarten, daß er gestützt auf das unerschütterliche Vertrauen der ganzen Marine auf seinem Posten verbleibt, komme was kommen mag. gez. Konteradmiral v. Levetzow, Chef der Marinestation der Ostsee, Kiel.

Darauf hat der Reichswehrminister folgendes geantwortet: Der Marine verspreche ich, daß weder die Auslieferung des Vizeadmirals v. Trotha noch eines anderen Deutschen in Frage kommen darf. Ich denke nicht daran, mich von meinem geschätzten Mitarbeiter, dem Chef der Admiralität, zu trennen, weil sein Name auf der Auslieferungsliste steht. gez. Noske.

Auch Erzberger gegen die Auslieferung.

Auf ein dem Reichsfinanzminister Erzberger aus Parteikreisen zugegangenes Telegramm äußerte sich der Minister auf das bestimmteste über die völlige Unmöglichkeit der Auslieferung nur eines Deutschen an die bayerischte Rache der Gegner und fügte hinzu: So wie ich denkt und handelt die ganze Regierung in völliger Übereinstimmung mit dem Willen unseres Volkes.

Bayern hinter der Reichsregierung.

München, 7. Febr. Im Finanzausschuß des bayerischen Landtags gab Dr. Dirr (Dem.) im Namen aller Parteien eine Erklärung ab, in der in voller Übereinstimmung mit Reichsregierung und Reichsrat dem Gefühl der Empörung über das allen Grundsätzen des Rechts und der Gesittung hohnsprechende Auslieferungsverfahren und der Überzeugung Ausdruck gegeben wird, daß das ganze bayerische Volk hierin mit dem Landtag einig ist. Im Namen der Regierung erklärte

Ministerpräsident Hoffmann,

daß die Regierung sich dem Proteste des Landtages vollinhaltlich anschließe. Die Reichsregierung habe unter dem stärksten Drucke der Feinde den Friedensvertrag unterzeichnet, aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie auch beim besten Willen die Bedingung der Auslieferung von Volksgenossen nicht erfüllen könne. Noch nie in der Geschichte der zivilisierten Menschheit sei einem besiegten Volk die gleiche Forderung gestellt worden, deren Erfüllung das deutsche Volk um die Selbstachtung und um die Achtung der anderen Völker bringen müßte. Das ganze bayerische Volk steht geschlossen hinter der Reichsregierung.

Der Vatikan gegen die Auslieferung.

Köln, 7. Febr. Unter der Überschrift „Die römische Kurie und die Auslieferungsfrage" schreibt die „Köln. Ztg.": Der „Osservatore Romano" hat in einem Artikel vom 25. Juni 1919 sehr entschieden die Unmöglichkeit juristischer Rechtfertigung einer Auslieferung des Kaisers dargelegt. Das Essener Zentrumsblatt, die „Essener Volksztg.", macht jetzt darauf aufmerksam, daß weniger bekannt als dieser Artikel ein zweiter vom 16. August 1919 aus der gleichen Quelle über die Auslieferung der Heerführer sei. Dieser zweite Artikel sei damals wegen des Buchdruckerausstandes in Rom in der „Unita Cattolica" in Florenz erschienen. Nirgends sind von neutraler Stelle die Gründe, welche die Ungeheuerlichkeit des Vorgehens unserer Feinde in dieser Frage dartun, schärfer und wirksamer dargelegt worden. Auf Grund guter Informationen können wir versichern, daß der zweite dieser Artikel jetzt noch die Auffassung der römischen Kurie darstellt.

Ein Amerikaner über die Auslieferung.

Der Rektor der Berliner Universität Dr. Meyer hatte, wie gemeldet, seine Doktorwürde, die ihm von den englischen und amerikanischen Universitäten verliehen worden ist, aus Anlaß der Auslieferungsliste niedergelegt. Wie die „Zheu" mitteilt, ist ihm nun von amerikanischer Seite ein Schreiben zugegangen, in dem auf die Niederlegung seiner amerikanischen Doktorwürde Bezug genommen und betont wird,

daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch das amerikanische Volk an dem jüngsten Schritt der alliierten Mächte beteiligt sei. Im Gegenteil werde dieses ungeheuerliche Verlangen von allen ernsten Elementen Amerikas auf das schärfste verachtet und mißbilligt. Nirgends in der Geschichte der Vereinigten Staaten sei es üblich gewesen, daß an unterlegenen Feinden kleinliche Rache genommen würde.

Unterzeichnet ist der Brief mit Edwin Emerson.

Diese Kundgebung aus Amerika ist sehr erfreulich — und es urteilen drüben noch viele so — aber sie bleibt eine Halbheit. Amerika hat den Vertrag von Versailles mit unterzeichnet und trägt die volle Mitverantwortung für das, was seine Verbündeten jetzt tun. Billigt Amerika die Auslieferung nicht, dann darf es sie auch nicht schweigend geschehen lassen, denn was man duldet, will man. Verurteilt Amerika das Auslieferungsverfahren, dann hätte Washington es verhindern müssen. Machtmittel wirtschaftlicher Art, seinen Willen durchzusetzen, hat Amerika. Wendet es sie nicht an, so ist es mitverantwortlich!

Die Berliner Universität zur Auslieferungsfrage.

Berlin, 7. Febr. In einer Erklärung der Berliner Universität wird der festen Zuversicht Ausdruck gegeben, daß sich keiner finden werde, der sich zu einem Schergendienst hergebe, um einen Deutschen auszuliefern. Die dernsenen Vertreter der deutschen Hochschulen, eines Sinnes mit der akademischen Jugend, richten feierlich und nachdrücklich an die Regierung die Bitte und die Mahnung, dem furchtbaren Ansinnen der Entente gegenüber fest zu bleiben.

Die holländische Kammer zur Auslieferung des Kaisers.

Haag, 7. Febr. (Korr.-Büro.) Bei der Verhandlung des Budgets der auswärtigen Angelegenheiten brachte das freisinnig-demokratische Kammermitglied van der Feltz folgenden Antrag ein: Die Kammer stimmt der Weigerung der Regierung, den ehemaligen Kaiser auszuliefern zu. Das Budget und dieser Antrag wurden angenommen.

Vor wichtigen Entscheidungen in Berlin.

Heute Sonnabend treten die Fraktionsvorstände der Nationalversammlung mit den Mitgliedern des Kabinetts zusammen, um über die Frage des Zusammentritts des deutschen Parlaments zu beraten. Der Besprechung, die um 6 Uhr abends stattfindet, soll eine Beratung des interfraktionellen Ausschusses vorangehen, der um 4 Uhr zusammentreten wird.

Die Elbe- und Oberkommission.

Paris, 8. Febr. Die Botschafterkonferenz hat heute beschlossen, die Elbe- und die Ober-Kommission, deren Einsetzung der Friedensvertrag von Versailles vorsieht, durch die französische Regierung einsetzen zu lassen. „Liberte" glaubt, daß die Überreichung der Liste heute in Berlin erfolgen könne, da die englische Regierung bis jetzt noch nicht ihre Zustimmung zu dem von der Botschafterkonferenz vorgeschlagenen Text des Begleitbriefes gegeben hat.

Der Rat des Völkerbundes.

Paris, 7. Febr. Der Rat des Völkerbundes wird am 11. Februar in London zu seiner zweiten Sitzung zusammentreten. Er wird sich mit der Verwaltung des Saargebietes und mit dem Statut der Freistadt Danzig beschäftigen, außerdem auch die Frage betreffend die Zulassung der Schweiz zum Völkerbund behandeln.

Die Lage im Reiche.

Aufhebung des Zeitungsverbotes in Berlin.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat angeordnet, daß die Zeitungen „Freiheit" und „Rote Fahne" in Berlin von Montag abend an wieder erscheinen können. Jedem Versuch, auf eine Störung der Ruhe und Ordnung hinzuwirken, wird der Oberbefehlshaber mit Rücksicht auf die furchtbar ernste Lage, in der sich das Reich befindet, mit dem größten Nachdruck auch in Zukunft entgegentreten.

Das künftige Wirtschaftsprogramm,

In der letzten Zeit haben, wie wir wiederholt mitgeteilt haben, Verhandlungen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und den Interessenverbänden über die Auffüllung eines Wirtschaftsprogramms für das kommende Jahr stattgefunden. Sie haben zu bestimmten Beschlüssen noch nicht geführt. Nur nach der einen Richtung hat der Reichswirtschaftsminister sich festgelegt, daß er grundsätzlich künftighin das System der Mindestpreise, nicht mehr das der Höchstpreise durchzuführen beabsichtigt.

Versammlungsverbot für die Unabhängigen.

Berlin, 6. Febr. Die von den Unabhängigen heute Abend einberufenen 10 Versammlungen in Groß-Berlin wurden von dem Polizeipräsidenten verboten, weil die Redner nicht zu dem an den Säulen bekanntgegebenen Thema, sondern über die Auslieferung sprechen wollten.

Politische Übersicht.

Frankreich.

Die Außenpolitik in der französischen Kammer.

Paris, 6. Febr. In der fortgesetzten Interpellationsdebatte in der französischen Kammer ergriff zuerst Maurice Berres das Wort. Er verlangte die tatsächliche und moralische Entwaffnung Deutschlands und die strikte Ausführung des Friedensvertrages von Versailles. Berres fragte, welche Mittel die Regierung gegenüber Deutschland zu ergreifen gedenke, im Falle es eine einzige der Verpflichtungen nicht erfülle. Im Rheinlande finde man alle Beziehungen, die wieder angeknüpft werden könnten. Diese Beziehungen seien durch Preußen verhindert worden. Alle Minister, namentlich aber die Minister für den öffentlichen Unterricht und für den Handel könnten für die Annäherung arbeiten, indem sie in den Rheinlanden ein Vorzugszollsystem aufrichteten, Eisenbahnen bauten und französische Schulen gründeten.

Ein Sozialist ruft: „Das ist eine verdeckte Annexion." Berres erwiderte, wir denken nicht an eine Annexion, es handelt sich um Annäherungsversuche, um das Rheinland dem preußischen Einfluß zu entziehen. Es handel sich um die Sicherheit Frankreichs und der Welt.

Ministerpräsident Millerand erklärte, seine Regierung werde sich nicht der Geheimdiplomatie bedienen. Frankreich wolle den Bevölkerungen eine gute Verwaltung (?) und eine gute Justiz (?) geben. — Zu den Orientfragen übergehend erklärte der Ministerpräsident, Frankreich werde nichts von seiner Tradition aufgeben. Millerand sagte ferner, als er gestern die Ausführungen von Cachin angehört habe, habe er geglaubt, ein Echo der Verleumdungen zu hören, die die deutsche Regierung gegen das französische Werk in Marokko geschleudert habe.

Die Sozialisten protestieren lebhaft und verlangen den Widerruf dieser Worte. Es entstand ein minutenlanger Skandal, während dessen der Präsident Ordnungsrufe erteilt und vergeblich die Ruhe wieder herzustellen versucht.

Millerand fuhr fort, ich habe sagen wollen und ich wiederhole, man verleumdet Frankreich, wenn man ihm in Syrien, wie man es in Marokko getan hat, die Absicht zuschreibt, eine Unterdrückungs- und Eroberungspolitik zu treiben. Millerand führte weiter aus, Cachin habe gestern hinsichtlich der Anteilnahme Englands an den Verhandlungen zwischen Sowjet-Rußland und Estland eine falsche Behauptung aufgestellt. England habe bleibe dem Abkommen, das es im November vor. Jahres unterzeichnet habe, treu. Der Ministerpräsident sprach alsdann über Polen und sagte, daß die Alliierten sich dahin entschieden hätten, wenn Polen von den Bolschewisten angegriffen werde, es auf die vollkommene Mitwirkung der Alliierten rechnen könne.

Die Vertrauensfrage angenommen.

Paris, 7. Febr. Die französische Kammer hat nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten und nach kurzer Debatte die Tagesordnung Renard, die der Regierung das Vertrauen ausbricht, daß sie in Übereinstimmung mit der a. und a. Regierungen eine auswärtige Politik treiben werde, die den Weltfrieden wieder herstelle und den materiellen und moralischen Interessen Frankreichs entspreche, mit 513 gegen 68 Stimmen angenommen.

Nordamerika.

Verbesserungsvorschläge der internationalen Finanzmethoden.

Haag, 7. Februar. Wie „Nieuwe Courrant" aus Washington meldet, hielt Senator Smooth im Senat eine Rede, in der er sagte, daß in den Vereinigten Staaten unglaubliche Summen in deutscher Mark angelegt seien. Es müsse alles getan werden, um die internationalen Finanzmethoden zu verbessern.

Deutschland.

Ein Konservativer über die Deutschnationalen.

Der Schriftsteller Adam Röder, Herausgeber der „Süddeutschen Konservativen Korrespondenz", hat bei Perthes in Gotha ein Buch erscheinen lassen: „Der Deutsche Konservatismus und die Revolution." Darin fällt er über die heutigen Deutschnationalen, seine Parteifreunde, das nachstehende bemerkenswerte Urteil:

„Die deutschnationale Volkspartei wird zurzeit geleitet vom agitatorischen Bedürfnis: Köpfe zweier Ordnung und die Parteisuntionäre bestimmen ihre Haltung, Oberläufer verschaffen ihr den Ruf temperamentvollen Betriebs; sie lebt vorläufig geistig von ihrer Opposition gegen den Gesamtstaat. Mit solcher Praxis kann man Augenblickserfolge erringen, aber sie bringt der Partei keinen moralischen Gewinn, sie sichert keine moralischen Eroberungen, ohne die keine Partei auf die Dauer leben kann.

Es ist nicht fein und nicht statthaft, wenn die Führer der deutschnationalen Volkspartei der demokratischen und der Zentrumspartei den Vorwurf machen, daß sie in die Regierung eingetreten seien. Dank und Anerkennung verdienen diese Parteien, daß sie den geschichtlichen Gesellschaftsfaden weiterspinnen und so die Möglichkeit schufen, für die Weiterentwicklung der Gesellschaft in historischem Sinne bestimmte Grundlagen festzubalten. Das Schicksal Münchens hätte dem Reiche geblüht, wenn Zentrum und Demokraten dem Rad nicht in die speichen gefallen wären. Ungeheure Werte wären unwiderbringlich zerstört worden. Nur ganz subalterner Agitationssinn kann die Tat jener bürgerlichen Parteien verkleinern oder gar zum Ausgangspunkte einer politischen Besehdung machen wollen."

Dr. Stresemann und die Monarchie.

Abg. Dr. Pachnicke schreibt dem „Berl. Tageblatt" über Verhandlungen, die im November 1918 der Gründung der Deutschen Volkspartei vorausgegangen sind: Zweimal traten Herren der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei, zu denen auch Herr Dr. Stresemann und ich gehörten, zur Beratung eines gemeinsamen Programms zusammen. Dabei verständigten wir uns hinsichtlich der Frage „Monarchie oder Republik" über folgende Fassung, die mir im Original vorliegt:

Die Monarchie hat den Weltkrieg nicht zu überstehen vermocht. Ein Versuch ihrer Wiedereinrichtung würde schwerste innere Kämpfe zur Folge haben müssen. So treten wir auf den Boden der republikanischen Staatsform."

Dieser Fassung stimmten alle Beteiligten ohne Ausnahme, auch Herr Dr. Stresemann zu. Wie er diese seine Stellungnahme mit dem jetzt von seiner Partei betriebenen monarchistischen Propaganda in Einklang bringen will, müssen wir ihm selbst überlassen.

Provinz und Umgegend.

† Mietleben, 7. Febr. Aus dem Steinbruch der Zementfabrik „Saale" wurden am Mittwoch zwei elektrische Motore im Werte von 15 000 M gestohlen. Der aus Halle herbeigerufene Polizeihund konnte leider die Spur der Diebe nur bis zur Pfaffendorfer Straße verfolgen. — Einem Einwohner der Quellgasse, der für andere mitrauchert, wurden in der Nacht zum vorigen Sonntag acht wertvolle Schinken und anderes gestohlen.

*

Leipzig und der Mittellandkanal.

Wie wir von zuverlässiger Seite aus Leipzig erfahren, beschäftigt zurzeit die Frage der Linienführung des Mittellandkanals die beteiligten Regierungsstellen äußerst lebhaft. Südlinie oder Mittellinie, das ist die Frage. Die Anhänger der Mittellinie unter der Führung Magdeburgs versuchen durch eine verstärkte Propaganda die Öffentlichkeit für ihr Projekt zu gewinnen, bei der nicht die Wirtschaftlichkeit des vom Kanal durchzogenen Gebiets, als vielmehr ausschließlich die etwas kürzere Beförderungsdauer zwischen Hannover und Magdeburg, sowie örtliche Magdeburger Interessen eine Rolle spielen. Demgegenüber vertritt die Vereinigung der Südlinieninteressenten den Standpunkt, daß der Mittellandkanal als Rückgrat der mitteldeutschen Wasserwirtschaft nicht ausschließlich auf die Wünsche und Bedürfnisse des Durchgangsverkehrs Rheinland—Berlin eingestellt werden darf, sondern auch den Bedürfnissen des mitteldeutschen Industriegebiets nutzbar gemacht werden muß. An der Südlinie hat aber auch der Freistaat Sachsen ein ganz außerordentliches Interesse, weil das Südprojekt vom Hauptkanal einen Zweigkanal zur Saale vorsieht und die Saalekanalisierung sowie den Elster—Saale-Kanal mit einbezieht. Durch diesen Plan wird Westsachsen direkt mit dem Rheine in Verbindung gebracht. Aus diesem Grunde kann naturgemäß auch Leipzig nur für die Südlinie eintreten.

Merseburg und Umgegend.

7. Februar.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Beilage.)

** **Personalien.** Regierungsrat Freiherr von Gableng ist für die Dauer seines Hauptamtes bei der hiesigen Regierung zum Mitgliede des der Regierung angegliederten Oberversicherungsamtes ernannt. — Das Militärversorgungsgericht hat als ärztliche Sachverständige (Vertrauensärzte) für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1923 gewählt: den Regierungs- und Geheimen Medizinalrat Dr. Herrmann und die Sanitätsräte Dr. Brohmann und Dr. Weinreich, sämtlich hierselbst in Merseburg.

** Nur noch fünf Reisebrotmarken. Die Zentralbehörden haben angeordnet, daß vom 9. Februar d. J. ab bei Reisen nur noch fünf Reisebrotmarken je Kopf und Tag über zusammen 250 Gramm Gebäck abzugeben sind.

** **Marmelade 3,70 M das Pfund.** Die Reichsgesellschaft für Obstkonserven und Marmelade veröffentlicht im Reichsanzeiger neue Höchstpreise für ungestreckte Inlandsmarmelade. Der Preis für ein Pfund beträgt bei Abgabe an die Verbraucher 3,70 M. Die neue Regelung der Preise sei durch das starke Anziehen der Zuckerpreise, vor allem der Preise des einzelnen Zuckers, notwendig geworden.

** **Verordnung der Viehzählungen.** Durch die Verordnung über die Vereinfachung der vierteljährlichen Viehzählungen vom 14. Januar 1920 ist angeordnet worden, daß Pferde, Federvieh und Kaninchen in Zukunft für Reichszwecke nur noch im Dezember zu zählen sind.

** **Elternbeiratswahlen im Monat Mai?** Die Elternbeiräte werden gewählt am 23. Januar. Die Wahl der Elternbeiräte ist auf den 22. Februar festgesetzt. Die Wahl ist bis auf den 7. März verschoben. Und nun ist sie gar ausgesetzt bis zum Mai! Was für eine seltsame Regiererei! Auch Verwaltungsgeschäfte wollen schließlich doch von Grund aus gelernt sein. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als wenn im Ministerium für Volksbildung doch recht viele „Hilfsarbeiter arbeiteten", die in Verwaltungsfragen nicht ganz festsitzen sind. Muß man nicht aufs tiefste bedauern, daß ein Ministerium durch fortwährenden Widerruf der eben getroffenen Maßnahmen sich lächerlich macht gerade zu einer Zeit, da nichts nötiger ist als Achtung des Volkes vor der Landesregierung?

** **Über die Abgabe von Pferden an den Feindbund** herrschen noch vielfach bei den Landwirten Unklarheiten. Die Vormusterung am 20. Januar war lediglich eine Zählung, um einen Überblick über das vorhandene Material, getrennt nach Rasse und Geschlecht, zu erhalten. Wegen der verschiedenen Handhabung der Vormusterung durch die einzelnen Kommissionen wird in nächster Zeit eine abermalige Musterung stattfinden. Auf Grund des Ergebnisses dieser neuen Zählung wird das Liefersoll des Kreises erst festgestellt. Es ist jedoch sicher zu erwarten, daß die Provinz Sachsen erheblich über den Reichsdurchschnitt belastet werden wird, da sie eins der wenigen Zuchtgebiete für schwere Kaltblüter besonders oder norddeutschen Schlages bildet. Die Kreisbauernschaft ist bei den maßgebenden Stellen vorstellig geworden, daß die Übernahmepreise den Tagespreisen entsprechen sollen, damit den betreffenden Landwirten die Anschaffung eines gleichwertigen Ersatzpferdes möglich ist.

** **Die deutsche Einheitspost.** Am 1. April wird die deutsche Einheitspost verwirklicht werden. Der bayerische Verkehrsminister hat bereits den Fraktionsführern über die Bedingungen Mitteilung gemacht, die Bayern an die Übergabe der Post an das Reich knüpft. Bayern verlangt außer einer entsprechenden Geldentschädigung für die Gebäude und das Material ein Landeszentralpostamt in München und weitgehende Befugnisse der Selbstverwaltung.

** **Einsatz der Technischen Nothilfe in Zahlen.** Während der verflossenen Streikwelle, nämlich in der Zeit vom 14. bis 27. Januar, mußten insgesamt 960 Nothelfer im Reiche eingesetzt werden. Von dieser Gesamtzahl entfielen 680 Nothelfer auf den Eisenbahnbetrieb, 280 auf die Bekämpfung der Hochwassergefahr, der Rest verteilt sich auf die Betriebserhaltung von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken. Der Einsatz der Nothilfe mußte in 14 verschiedenen Städten und hier wieder an 25 verschiedenen Stellen erfolgen. Seine Dauer betrug bei einem Höchstmaß von zehn Tagen und Mindestmaß von einigen Stunden durchschnittlich zwei bis drei Tage. In einer Reihe von Schreiben und Bekanntmachungen wurde der Nothilfe der öffentliche Dank der staatlichen und städtischen Behörden zum Ausdruck gebracht.

** **Das Recht auf den Sitzplatz.** Bei der herrschenden Überfüllung der Eisenbahnzüge sind Sitzplätze sehr begehrt. Die Schaffner weisen deshalb den Reisenden meist mehr Sitzplätze an, als sonst üblich war. So können in der ersten Klasse mit Leichtigkeit mehr als die vorgesehenen drei Reisenden in einem Abteil untergebracht werden. In der zweiten Wagenklasse können zu acht statt sechs Radfahrer sitzen usw. Bei der Unterbringung von überzähligen Reisenden stoßen aber die Schaffner häufig auf den Widerspruch der ältlichen Stehenden. Sie berufen sich auch auf die Angaben, die in den Wagen über die Zahl der Sitzplätze angebracht sind. Um derartige Meinungsverschiedenheiten zu vermeiden, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten angeordnet, daß die Schaffner ermächtigt werden, bei Überfüllung auf Sitzplätzen mehr Reisende unterzubringen als sonst üblich ist. Die auf Stehenden müssen den Nachkommenden, soweit es geht, Platz machen. — Und wenn sie nicht Platz machen?

** „Hilfling". In der Gegenwart wird der Fürsorge für die Anormalen — man schätzt ihre Zahl in Deutschland auf eine Million — eine vermehrte staatliche Aufmerksamkeit zugewendet, um das Elend zeitiger zu erfassen und tatkräftiger einzuschränken. Aus diesem Anlaß liegt die Frage nahe, ob sich das unschöne Wort „Anormale" nicht durch ein passeres deutsches Wort ersetzen läßt. Direktor Ulrich von den Pfeifferschen Anstalten in Magdeburg-Cracau schlägt „Hilfling" vor. Darin wäre für Blinde, Taubstumme, Schwachsinnige, Idioten, Psycho-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200208-19/fragment/page=0002

pothen, Epileptiker, Krüppel und Lupöse ein Sammelname gegeben, dessen Einbürgerung hiermit empfohlen wird.

** Postverkehr mit dem französisch besetzten Gebiet. In die seit 1. Januar zugelassenen Einkilopakete (Päckchen) dürfen von jetzt ab im Verkehr mit dem französisch besetzten Gebiet auch briefliche Mitteilungen eingelegt werden.

** Warnung vor Schwindlern. In der Gegend von Halle sucht ein gewisser Kämpf oder Kampf Landbewohner auf, denen er Nachricht über ein kriegsgefangenes Familienmitglied bringt. Er spiegelt ihnen vor, er sei mit diesem aus der Gefangenschaft entflohen, und nennt auch das Durchgangslager, in dem er sich befinden soll. Kommen derthin Anfragen nach dem Gefangenen, so stellt es sich heraus, daß die Leute das Opfer eines Schwindlers geworden sind, denn natürlich hat es der Mann verstanden, für seine falsche Vorsicht bar Geld und Lebensmittel einzuheimsen. Es wird vor diesem Schwindler gewarnt.

** Der „Deutsche Volksjugendbund Merseburg" veranstaltet am Dienstag den 10. Februar im Zuvendheim „Herzog Christian" einen „Bunten Abend", an dem musikalische sowie literarische Vorträge, ernster und heiterer Art, geboten werden. Der Abend soll ein Werbeabend sein für das ideale Ziel des Bundes: Die deutsche Jugend aller Stände zu einen! Gäste sind dabei herzlich willkommen. Beginn 8 Uhr.

** Die öffentliche Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei im „Casino"-Saale war gut besucht. Rechtsanwalt Dr. Mademacher eröffnete die Versammlung und erklärte, daß der Vortragende ein wirklicher Generalsekretär der Partei sei, während der von einiger Zeit in Halle aufgetretene Generalsekretär Kunze schon lange Zeit nicht mehr für die Partei tätig sei und lediglich seine Privatansicht vorgetragen habe, die von der Parteivertretung bedauert wurde. Der Referent, Generalsekretär Föllmer-Berlin ging in seinem Vortrag „Kein Staatsbankerott" von dem Wort von der „verdorrenden Hand" des Ministerpräsidenten Scheidemann aus. Die Einheitsfront sei damals zerstört worden und erst heute wieder vorhanden, gegenüber dem Auslieferungsverlangen. Die Frage, „Wer ist schuld an diesem Krieg und seinem unglücklichen Ausgang?" können erst durch die Geschichte in vielleicht hundert Jahren gelöst werden. Die Ursache zum Krieg liege in der handelspolitischen Überflügelung Englands durch Deutschland. Kautsky Veröffentlichungen und die Untersuchungskommission seien Ausdrücke der deutschen Verblendung. Selbstverständlich gab er die Schuld an den gegenwärtigen Zuständen der gegenwärtigen Regierung, wofür er die Ausgaben der Arbeiter- und Soldatenräte, den Etat, die Unterbilanzen bei den staatlichen Einrichtungen, die Zwangswirtschaft und die Kriegsgesellschaften, sowie die überhastete Gesetzgebung der nicht mehr überhaupt berechtigten Nationalversammlung heranzog. Eine Milderung des Friedensvertrags auf gütlichem Wege dürfe man nicht erwarten. Der Weg über den Bolschewismus zur Revision des Friedensvertrages und eventuell zur monarchistischen Staatsform wäre aber ein Verbrechen und das Furchtbarste, was Deutschland und dem deutschen Volke bevorstehen könnte, und deshalb muß jeder Bolschewismus bei uns schärfstens bekämpft und unter allen Umständen ferngehalten werden. Er zeichnete kurz die Stellung zu den einzelnen Parteien, wobei er die Behauptung aufstellte, die Sozialdemokratie hätte von den bürgerlichen Parteien nach dem Wahlergebnis von der Regierung ausgeschlossen werden müssen, da sie ja nicht die Mehrheit der Stimmen hatte. Es müsse vor allen Dingen für die Erhaltung und Vermehrung des Mittelstandes Sorge getragen werden. Dann sei dringend zu erwägen die Einführung einer wirtschaftlichen Dienstpflicht der männlichen und weiblichen Jugend zugunsten des Staates. Wiesiedlungen in großerstem Umfange müßten geschaffen werden. Die Auswanderung muß nach Gebieten des europäischen Festlandes gelenkt werden. Dann muß eine rein völkische Massenzucht streng durchgeführt werden und nationales Bewußtsein und Pflichtgefühl in unserer Jugend großgezogen werden. Mit seinem Vortrag fand er lebhaften Beifall. Dr. Mademacher unterbreitete in seinem Schlußwort der Versammlung folgende Entschließung:

„Die heute hier stattgefundene Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei des Kreises Merseburg erhebt in flammender Empörung schärfsten Widerspruch gegen jede Auslieferung Deutscher an feindliche Völker und auch an Neutrale und erwartet von der Staatsregierung und jedem Deutschen die unverrückbare und bestimmte Weigerung, an solcher Auslieferung mitzuwirken." Die Entschließung wurde einstimmig angenommen und darauf um 10 Uhr die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Vaterland geschlossen. — Der Festbesuch Dr. Mademachers steht gegenüber, daß der Reklame-Generalsekretär Kunze der Deutschnationalen Volkspartei am morgigen Sonntag in Weber in Hosse in der Deutschnationalen Volkspartei einen „Vortrag" hält. Die übrigen Beschuldigungen des Generalsekretärs Föllmers gegen die Regierung sind wir ja schon lange gewohnt, auch die Agitation von der seit langem eingetretenen Massenwanderung nach der Rechtspartei — doch streift der Besuch der deutschnationalen Versammlungen diese Behauptung stark Lügen, zum Beweis dafür der starken Teilnahme von Frauen und unserer Jugend beiderlei Geschlechts an den Versammlungen. Die Ausschließung der Sozialdemokratie oder 42 Prozent der Bevölkerung von der Regierung und der Teilnahme an den Staatsgeschäften ist eben nicht demokratisch, sondern konservativ-beutschnational, die Revolution ist die Frucht dieser Blüte. Auch die Deutsche demokratische Partei tritt scharf für die Erhaltung und Vermehrung des Mittelstandes, die Aufteilung des Großgrundbesitzes und die umfangreiche Kleinsiedlung ein. Auch der demokratische Abgeordnete Dr. Schreiber tritt schon seit geraumer Zeit lebhaft mit dem Gedanken in die Öffentlichkeit, ein allgemeines wirtschaftliches Dienstjahr beim allgemeinen Wehrpflichtgesetz einzuführen. Auch im nationalen Bewußtsein und Pflichtgefühl stehen die Deutschdemokraten nicht hinter den vorgeblich Allein-Nationalen zurück — leider aber all die Erzeuger und Schieber, die Herr Föllmer erwähnte, und die bei den deutschen Volks Nahrungsmittel in größter Notzeit um das Weltmarktpreises wegen ins Ausland verkauften und beschiebten. Auch in der Auslieferungsfrage nehmen die Deutschdemokraten einstimmig und ablehnend der Parlamentsfraktionen und Regierungsmitglieder den gleich scharfen ablehnenden Standpunkt ein.

** Eine große Protestversammlung hatte der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegsteilnehmer, Ortsgruppe Merseburg, am morgigen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, im Saale des Tivoli hier ab. Die Versammlung beschäftigt sich mit dem Thema: „Was haben die Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen zu fordern?" über das Referat Mitschel von der Ortsgruppe Leuna ausführlich sprechen wird. Wir verweisen auf die Anzeige in dem vorliegenden „Merseburger Korrespondent".

** Alte sozialdemokratische Partei. Am kommenden Dienstag veranstaltet die Partei eine öffentliche Versammlung, in welcher Professor Wenning-Halle über das Thema „Staatsbankerott" spricht. (Siehe Anzeige in dieser Zeitung.)

** Uferini-Gastspiele. Der Meisterzauberkünstler Heinrich Uferini, Sohn des hierorts sehr betonten Altmeisters Alfred Uferini, für dessen geschickte schnelle Hände es keine Unmöglichkeiten zu gehen scheint, der auf dem Gebiete der durchsichtigen Indizien und Gegenstände bewirkten Zauberkunst wohl in der Beziehung bis Zeitzeit das Höchstmaß wird am Mittwoch den 11. und Donnerstag den 12. Februar in der „Funkenburg" einsehen, um seine Zuschauer in dieser Zeit auf vorzüglicher Art und Weise zu unterhalten.

** Tivoli-Theater. Mit Sang und Klang und höchsten Bildern ging im Tivoli gestern abend die reizende Operette „Die Rose von Stambul" von Leo Fall über die Bretter. Es ist schwer, der verlangten Ausstattung nachzukommen — da manches bei den hiesigen Mühnenverhältnissen sehr — und es gehört schon ein Stück Phantasie dazu, sich den Harem eines türkischen Würdenträgers vorzustellen. Was jedoch von der Menge geleistet werden konnte, war getan. Über das Stück haben wir bereits bei früherer Aufführung berichtet. Es hat wenig wirklichen Inhalt, aber die Falsche Musik nimmt mit ihren schmeichelnden Weisen immer wieder das Ohr in Beschlag. In der Titelrolle glänzte als Kondia Gul Emmi Moser. Sie gab eine niedliche Türkin und war gut bei Stimme. Ihr Partner Bruno Ahrens als Achmed Bey führte gleichfalls seine Rolle gesanglich und darstellerisch gut durch. Als zweites Paar Midditt und Brinkling Müller sicherten sich Eva Hencke-Dechant und unser unvergeßlicher Direktor Dechant den großen Erfolg. Die kleineren Rollen waren in guten Händen. Die Musik wurde flott unter Leitung Kapellmeisters Simonson durchgeführt. Das Haus war teilweise gut besetzt. G.

** Tivoli-Theater. Sonntag findet die letzte Aufführung der wunderbaren Volkssänger „Das Dorfohne Glocke" statt. Es ist sehr zu empfehlen, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen. — Dienstag geht auf vielseitigen Wunsch noch einmal die mit so großem Beifall aufgenommene Operette „Die geschiedene Frau" in Szene. — Zur Verbereitung für Donnerstag befindet sich die entzückende Wiener Faschingsoperette „Die tanzende Maske" von Rudolf Bernauer, dem beliebten Komponisten der erfolgreichen Operette „Liebe im Schnee".

*

Vereins- und Versammlungskalender.

Sonnabend: Zimmergesellen-Begräbniskasse Merseburg Generalversammlung in Göbes Restauration. — B.-B.-G. großer Faschingsball im Casino. — Turnerische Vereinigung Turnratssitzung und Monatsversammlung im „Herzog Christian". — Gesellschaftsverein „Euterpia" Versammlung bei Krohl. — Gabelsberger Stenographenverein Geburtstagsfeier im Reichskanzler. — Schülerabteilung des Männer-Turnvereins dritter Unterhaltungs- und Belehrungsabend im „Herzog Christian". — Turnverein Mössen Maskenball in Leuna („Zum heitern Blick". — P.-T.-V. Tannhäuser Maskenball im Kaffeehaus Meuschau. — In Prepsch großer Maskenball bei Händler.

Wohin gehen wir am Sonntag?

Kammerlichtspiele: Romantikum „Das Schicksal der Carola von Geldern". Hierzu prächtiges erstklassiges Beiprogramm. — Ab 3 Uhr große Jugend- und Kindervorstellung.

Modernes Theater: Sozialer Zeitfilm „Die Sünden der Eltern". — „Sodoms Töchter" — Lustspiel: „Frau Hempels Tochter".

Veranstaltungen und Vergnügen: Gesellschaftsverein Ambrosia Kappenball im Thüringer Hof. — Verein für Leibesübungen Tänzchen im Vereinshaus. — Großes Kreisfiskaten im Merseburger Radeul. — Großer Ball im Strandschlößchen. — Kriegerverein Köhschen-Fischerbon Ball bei Lindner. — Kriegerverein Knapendorf Bündorf Theater und Ball bei Brauer. — Gasthaus Cröllwitz Ballmusik. — Allgemeiner Turnverein Wegwitz Ball in der Veraschenke. — Radfahrerverein Jugendlust Theater und Ball in Lötzin. — In Crevenau Kappenball bei Ihbe. — Schießklub Meuschau großer Maskenball bei Lippert. — In Frankleben großer Maskenball. — Im Neuen Schützenhaus großes Strand- und Kappenfest. — Turnverein Rothstein großes Maskenfest im Kaffeehaus Meuschau. — In Oberbeuna Tanz und Maskenball des Wiener Musikklubs. — Männer-Turnverein großes Kappenfest in Schkopau („Zum deutschen Kaiser"). — Gesellschaftsverein Neu-Amicitia Kostümfest im Casino. — In Leuna Ballmusik („Zum heitern Blick").

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Montag, 9. Febr.)

Ausgabe von Mager- und Buttermilch. Die Anlieferung ist derart unregelmäßig, daß sich ein Verteilungsplan noch nicht aufstellen ließ. Deshalb kann die Ausgabe nur nach jeweiligem Eingang erfolgen und wird dies in den Geschäften bekanntgegeben.

Kondensierte Milch für 8. bis 14 Februar 1 Pfundbase auf Marken in der Verkaufsstelle Schubert, Burgstraße 16.

Merseburg-Land: Wochenfettmenge 8. bis 14. Febr. 100 Gramm auf gewöhnliche Fettmarken, 50 Gramm auf Zusatzfettmarken.

§ Dichlitz, 7. Febr. Die durch Beschluß des Ausschusses der Landschaft der Provinz Sachsen vom 23. September b. J. erfolgte Wahl des Rittergutsbesitzers Adolf Goedecke hierselbst zum stellvertretenden Mitglied der Direktion der Landschaft der Provinz Sachsen auf die Dauer von 6 Jahren ist zur Bekanntmachung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen durch Erlaß der Preußischen Staatsregierung vom 24. Dezember v. J. bestätigt worden.

*

Amtsblatt Stück 11 für den Kreis Merseburg

liegt der heutigen Ausgabe des „Merseb. Korresp." bei. Es enthält die Bekanntgabe der Termine für die Nachkörung von Zuchteren, eine Bekanntmachung über die Aufbringung der nach dem Friedensvertrage abzuliefernden Rinder und Ziegen, eine Anordnung betr. das Verbot der Ausfuhr von Ziegen und Ziegenböcken im lebenden oder geschlachteten Zustande und eine Anordnung betreffend die Einschränkung des Handelsverkehrs mit Zucht-, Nutz- und Magervieh.

Mücheln und Umgegend.

7. Februar.

♀ Mücheln, 7. Febr. Betr. Fettverteilung. In der Woche vom 9. bis 15. Februar werden auf Fettmarken 85 Gramm Auslandsfett (Schweineschmalz) zum Preise von 1,48 ℳ (einschließlich Umsatzsteuer) verabfolgt.

W Mücheln, 7. Febr. Am Mittwoch fand im Saale des „Deutschen Hofes" der 2. Volksbildungsabend statt. An Stelle des leider erkrankten Herrn Thiessen sprach Oberlehrer Hempricht-Merseburg in der Fortsetzung seines Themas „Über Willensbildung des Kindes", über „Das ästhetische Gefühl". Er führte ungefähr folgendes aus: Das ästhetische Gefühl — ein Lustgefühl — besteht in der Freude am Schönen, an Formen, Farbe, Musik, überhaupt an der Kunst. Es ist als Anlage im Menschen vorhanden und entwickelt sich nicht von selbst. Die Aufgabe der Erziehung ist es, dieses Gefühl zu möglichst größter Vollkommenheit zu entwickeln. Äußerlich läßt es sich nicht. Bei dieser Ausbildung jeglicher Anlage und Begabung eine wichtige Rolle. Daß dieses Gefühl, wenigstens in ganz geringer Stärke, vorhanden ist, ist bei den kleinsten Kindern, zeigt die Freude des Kindes an Musik, Gesang, Abtönthmik und hellen Farben. Hier ist es eine dankbare Aufgabe für die Mütter, dafür zu sorgen, daß schon in der Kinderstube möglichst ästhetisch Wertvolles sich es in Liedern, Bildern oder Spielzeugen an die Kinder herangebracht wird; denn die Kinderstube, die sie in den frühesten Kindheit betommen, sind sehr dauerhaft. Erwachsene lesen beim ästhetischen Genuß ihr Innerstes in die Kunstwerke hinein, sie suchen das nachzuerleben, was der Künstler bei der Schaffung des Werkes erlebt hat. Das Kind verhält sich anders dazu. Es sieht z. B. Bilder rein als Gegenstände an. Auch künstlerisch aktiv betätigt sich das Kind schon, wenn mir das Gestriebel, und Malen so bezeichnen wollen. Lebende, sich bewegende Menschen und Tiere bilden in der Hauptsache den Darstellungsstoff. Dann sprach Oberlehrer Hempricht über den Wert der ästhetischen Bildung. Sie trägt einen großen Teil zur Vertiefung des Gemütslebens bei und ist von Bedeutung für die Willensbildung. Das ästhetische Fühlen wirkt auf das verwandte sittliche Gefühl. Es drängt das Reche und Gewaltsame des Knaben zurück und hilft bei den Mädchen zur Stärkung des Scham- und Sittlichkeitsgefühles. Dann knüpfte der Redner in seiner überaus volkstümlichen Art und Weise seines Vortrages interessante Ausführungen von der Bedeutung geschmackvoller Spielsachen an. Zum Schluß seines Vortrages sprach der Redner noch über die „religiösen Gefühle". Reicher Beifall der tiefergriffenen zahlreichen Zuhörer lohnte den Redner und es sei ihm an dieser Stelle noch herzlich gedankt.

w. Mücheln, 7. Febr. Für Donnerstag abend hatte Rektor Meitz eine Elternversammlung nach dem „Deutschen Hof" einberufen, um die Bestimmungen über die Elternbeiratswahlen bekannt zu geben. Nach der Begründung sprach er über die Erziehung im allgemeinen. Der Mensch ist bei seiner Geburt das höchststehende Geschöpf, das an eigentlichen Persönlichkeit herangebildet werden soll. Die Natur, das Schicksal und andere Menschen sind dabei am Werke. Den stärksten Einfluß üben andere Menschen auf das Kind aus, vor allen Dingen die Eltern und Erzieher, bewußt und unbewußt. Geschieht die Einwirkung auf den Willen des Kindes bewußt, absichtlich und planmäßig, so nennen wir sie Erziehung. Diese Aufgabe leisten die Schule und Eltern gemeinsam. Die Erziehungsarbeit der Familie richtet sich auf Pflege, Unterricht und Zucht. Ein inniges Familienleben und das sittliche Vorbild der Eltern hinterlassen tiefe Spuren in der weichen Kindesseele. Das Spiel kann das Erziehungsziel nur mit Unterstützung der Schule erreichen. Wenn ein Erziehungsziel geleistet werden soll, müssen beide Hand in Hand gehen. Die Verbindung von Schule und Haus zu pflegen, ist die Hauptaufgabe der Elternbeiräte, deren Tätigkeit beratender Natur ist. Daran anschließend erläuterte er die Bestimmungen der Verordnung des Ministers. Der Wahlvorstand und wenn möglich auch die Kandidatenlisten sollen in einer Versammlung am nächsten Donnerstag aufgestellt werden. Die Kandidatenlisten müssen wenigstens 7 Namen enthalten und spätestens 10 Tage vor der Wahl dem Wahlvorstand mit 20 Unterschriften eingereicht werden. Die Wahl findet voraussichtlich am 7. März statt. — In der sich anschließenden Debatte wurde hervorgehoben, daß man, wenn es möglich wäre, nur eine Kandidatenliste aufstellen und den Religionsunterricht der Schule als wichtiges Erziehungsmittel erhalten möge. Andere hegten dagegen Bedenken, da bei einer Liste nur schwer das Recht der unteren Klassen gewahrt werden könnte und sich zwei Weltanschauungen gegenüberständen. Um die Stärke der Parteien zu wissen, seien unbedingt zwei Listen erforderlich. Der Versammlungsleiter wies darauf hin, daß durch einen Ministererlaß betont worden sei, alle Politik von der Schule fernzuhalten. Politisch würde sie nicht durch die Elternbeiräte hineingetragen. Da voraussichtlich zwei Listen aufgestellt würden, sei Agitation unausbleiblich. Im Hinblick auf die gemeinsame Tätigkeit des Elternbeirates wäre es erforderlich, daß sie nur in ruhiger, vornehmer und sachlicher Weise geführt werde.

‡ Merseburg, 7. Febr. Die Kreisbauernschaft hat zu der Anordnung des Regierungspräsidenten vom 20. Januar 1920 I K 299, betreffend „Ausdrusch des Brotgetreides bis zum 1. März 1920" eine Eingabe an den Landrat gerichtet, in der sie auf die Undurchführbarkeit dieser Anordnung hinweist. Da Zuwiderhandlungen in erster Linie mit Gefängnisstrafe bedroht werden, hat diese Anordnung unter den Landwirten naturgemäß eine tiefgehende Erregung hervorgerufen. Sie ist daher die dringende Bitte ausgesprochen, bei dem Regierungspräsidenten eine Abänderung der Anordnung dahin zu beantragen, daß beantragten Anträgen der Landwirte auf Bewilligung von Ausnahmen unter allen Umständen stattgegeben wird. — Eine am Donnerstag im Hotel „Zur Sonne" angesagte Holzversteigerung hatte einen großen Andrang von Kaufslustigen zur Folge. Es herrschte rege Nachfrage und soweit sich bis jetzt übersehen läßt, wurden recht ansehnliche Preise erzielt. Eichenklöben, deren Zeile mit 75 ℳ für 2 Mtr. festgesetzt war, wurden mit durchschnittlich 150 ℳ bezahlt. Es wurden indes auch 172 ℳ geboten, so daß sich der Meter in diesem Falle auf über 57 ℳ stellt. Eichenknüppel, Taxe war für 3 Mtr. 36 ℳ, gingen mit 55—112 ℳ pro Klafter fort, während die Preise für Eichenreisig für 5 Mtr. (Taxe 24 ℳ) zwischen 30—48 ℳ schwankten.

Wetterwarte.

B. W. am 8. 2.: Neblig, trübe, dann länger aufheiterndes, trockenes Wetter. Nachts und früh etwas stärkerer Frost, mittags einige Grad über Null. — 9. 2.: Ziemlich kaltes, zunehmend bewölktes, windiges Wetter mit Schnee.

Theater und Musik.

b Stadttheater Halle. Spielplan vom 8. bis 15. Febr. Sonntag, nachm. 3 Uhr „Rübezahl", abends 7 Uhr „Figaros Hochzeit". Montag, abends 7 Uhr „Der Bajazzo", „Cavalleria rusticana". Dienstag, abends 7 Uhr „Minna von Barnhelm". Mittwoch, abends 7 Uhr „Lohengrin". Donnerstag, abends 7 Uhr „Figaros Hochzeit". Freitag, abends 7 Uhr „Wilhelm Tell". Sonnabend abends 6 Uhr „Tristan und Isolde". Sonntag, nachm. 3 Uhr „Das Christkindlein", abends 7 Uhr „Königskinder".

Thalia-Theater. Sonntag den 8. Febr., abends 7 Uhr „Rutschbahn".

Sport und Leibesübungen.

Fußballsport.

♢ B.f.L. Die Liga-Mannschaft fährt nach Halle, um gegen die Liga-Elf von „Borussia"-Halle das fällige Verbandsspiel auszutragen. — Die Liga-Reserve-Mannschaft tritt um ½3 Uhr auf dem Augarten-Sportplatz der gleichen Elf von B.f.L.-Halle gegenüber. Nach den letzten Resultaten, welche die Reserve-Mannschaft gegen erstklassige Vereine herausgeholt hat, dürfte hier wohl guter Sport geboten werden.

— Worm. 10 Uhr treffen sich auf dem B.f.L.-Sportplatz die Jugend- und Schülermannschaften, um Übungsspiele auszutragen.

♢ „Preußen" I—„1910" I-Halle. Das erste Verbandsspiel der Frühjahrsserie 1920! Auf dem Nulandtsplatze treten nachm. ½2 Uhr genannte Vereine gegeneinander an. Von neuem beginnt also die Jagd nach den Punkten. Vergangenen Herbst wurden die Hiesigen von 1910 in Halle knapp 2:1 geschlagen, beide Mannschaften haben seitdem eine weiteste Formverbesserung aufzuweisen, so daß ein interessanter Kampf in Aussicht steht.

Weitere Spiele des B. C. „Preußen": „Preußen" III—„Norwärts" I-Köthchen, Gesellschaftsspiel auf dem Kasernenhof. — „Preußen" IV—B.f.L. V-Halle Verbandsspiel in Halle. — „Preußen" V—Vereinigung IV-Gisleben Gesellschaftsspiel in Gisleben. — Vorm ½10 Uhr auf dem Nulandtsplatze Übungsspiel zwischen „Preußen" I Jugend und „Preußen" II-Jugend.

♢ B. B. „Hohenzollern". Zu den morgen beginnenden Verbandsspielen stellt der B. B. „Hohenzollern" folgende Mannschaften ins Feld: Die I. gegen „Germania" I-Wittenberg um 3 Uhr auf dem Nulandtsplatz. (Das Spiel der ersten Serie gewann „Hohenzollern" in Wittenberg 6:1); II. Mannschaft gegen B.V.B. II-Zeitzin um 12 Uhr vorm. auf dem Nulandtsplatz (Resultat des ersten Spieles 1:1). Die anderen Mannschaften sind spielfrei.

♢ B. B. „Germania" stellt kommenden Sonntag drei Mannschaften ins Treffen. „Germania" I beginnt seine diesjährige Verbandsserie mit dem Spiel gegen „Wittenberg" I-Halle hier auf dem Kasernenhof. Die Gäste bewiesen am vergangenen Sonntag im Spiel gegen „Preußen" ihre gute Form und darf sich „Germania" auf einen schweren Kampf wappnen. Spielbeginn 3 Uhr. — „Germania" II tritt in Ammendorf der gleichen Mannschaft des dortigen F. C. 1910 im Verbandsspiel gegenüber. — „Germania" III hat die II. Elf von „Eintracht"-Crumpa zu Gaste, und mißt sich mit ihr vorm. 10 Uhr auf dem Kasernenhof.

*

♢ Wettkämpfe der Merseburger Turnerschaft. Am Sonntag früh ab 9 Uhr finden in der alten Reitbahn hinterm „Neuen Schützenhaus" Wettkämpfe zwischen beiden Mannschaften statt. Die ersten Mannschaften stellen den Hauptbestandteile wie folgt: 9 Uhr B.f.L.—M.T.-V., ½10 Uhr M.T.-V.—T. V., 10 Uhr T. V.—F.f.L. Die zweiten Mannschaften tragen ihre Spiele zu denselben Zeiten auf dem zweiten Spielfelde aus. Im Interesse eines jeden einzelnen wird dringend gebeten, pünktlich zu erscheinen. Jeder Verein hat einen Schiedsrichter und einen Schreiber zu stellen. Mit diesen Spielen werden dem Faustballsport für 1920 die Tore geöffnet. Für den Mannschaften liegt es, der Stadt Merseburg auch in diesem Jahre noch einmal den hin einen guten Klang zu verschaffen. Darum frisch und froh hinein in die neue Spielzeit!

♢ Die Vorbereitung der anderen für die Olympiade 1920. Für die Olympischen Spiele im August in Antwerpen, an denen bekanntlich die Mittelmächte von der Teilnahme ausgeschlossen sind, trifft auch bereits unser neuster östlicher Nachbar, der Freistaat Polen, seine Vorbereitungen. Polen will in diesem Jahre zum ersten Male als selbständiger Staat an den internationalen Spielen teilnehmen. Brasilien hat gleichfalls das Kommen einiger Vertreter in Aussicht gestellt. Das dortige Komitee in Rio de Janeiro steht mit einigen namhaften Sportsleuten der Vereinigten Staaten, die das Training der Athleten übernehmen sollen, in Verbindung. Norwegen hat bisher durch private Sammlungen 81 000 Kronen für die Antwerpener Expedition aufgebracht. Italien zeigt dem Olympischen Komitee in Antwerpen offiziell seine Teilnahme an den Spielen 1920 an. Die Vereinigten Staaten sind mit ihren Vorbereitungen am weitesten gediehen, wenn auch bei politischen Streitigkeiten hierin einige Verzögerungen gebracht haben. Unter den Auserwählten befinden sich viele bekannte Namen aus dem Jahre 1912. Schweden bringt einige neue Leute heraus, denen Siegeschancen zugesprochen werden.

Gerichtsverhandlungen.

Der Sturm auf das Elektrizitätswerk Mücheln.

Aus Leipzig wird uns berichtet: Das Landgericht Naumburg a. S. hat am 9. Juli 1919 wir Angeklagte wegen Hausfriedensbruches im Sinne des § 124 StGB. verurteilt und zwar den Arbeiter Hermann Haupt aus Zöbigker zu 2 Monaten, den Lokomotivführer Anton Hauberreiher aus Mücheln und den Maurer Hermann Seibenstücker aus Zöbigker zu je 3 Monaten und den Grubenarbeiter Hermann Otto aus Mücheln zu 1 Monat Gefängnis. Am 25. Februar 1919 hatte im Schützenhause in Mücheln eine Streikversammlung, geleitet vom Vorsitzenden des Arbeiterrates, stattgefunden. Während der Versammlung war plötzlich das elektrische Licht erloschen und im Anschluß daran waren die Angeklagten mit 20 bis 30 Personen zum Elektrizitätswerk gegangen. Nur der Ruhe des Betriebsleiters, so heißt es im Urteile, ist es zu verdanken, daß es nicht wirklich zu Gewalttätigkeiten gekommen ist. Die Angeklagten wußten, daß die Menge, in der sie sich befanden, widerrechtlich in das Büro eingedrungen war, und sie beabsichtigten, mit den anderen gemeinsam zu handeln. Die Revision der verurteilten Angeklagten enthielt nur Einwendungen gegen die tatsächlichen Feststellungen und wurde deshalb vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Röhner.
für den Anzeigenteil. Franz Gomm. beide in Merseburg.
Druck und Verlag der Firma Th. Röhner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Keklameteil.

Trotz eigner Not greif in die Tasche!
Gib Deine
Grenz-Spende
für die Volksabstimmungen
auf Postscheckkonto Berlin 73776
oder auf Deine Bank!
Deutscher Bund, Berlin NW 52

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200208-19/fragment/page=0003

Leuna. Gasthaus zum heiteren Blick.

Sonntag, den 8. Februar, von nachm. 3 Uhr an

Ballmusik

wozu ergebenst einladet Ernst Eißner.

Tanz-Unterricht.

Meine Zirkel beginnen Freitag, den 20. Febr., abends 7 Uhr im „Strandschlößchen" für die Abendabteilung.

Sonderzirkel für Kaufleute und Beamte Sonnabend, den 21. Februar, abends 7 Uhr im Hotel Rütke.

Privat-Zirkel, Einzelunterricht für moderne Tänze jederzeit.

Weitere Anmeldungen erbitte in meiner Wohnung Schmale Straße 19.

C. Ebeling, Tanzlehrer.

Zu Fabrikationszwecken kaufe ich

Silbergeld

und zahle in Halle die

höchsten Preise nach Tageskurs.

A. Voss, Halle a. S.,

Laden Rannische Straße 22.

Silbergeld

8½fach

Ich zahle für jedes

50 Pfennigstück	4.25 Mark,
1 Markstück	8.50 „
2 Markstück	17.00 „
3 Markstück	25.50 „
5 Markstück	42.50 „

Gold 15fach.

Zahle für 20 Mark 300.— Mark, für Bruchsilber und Bruchgold zahle die höchsten Tagespreise!

Brennstifte von 40.— Mark an bis 100.— Mark. Zahngebisse für 1 Zahn bis 10 M., Platin 1 gr bis 175 M.

Ein- und Verkaufs-Zentrale

Halle S., Kl. Klausstr. 18. Teleph. 2191.

Geschlechts-Kranke!

Rasche Hilfe — Doppelte Hilfe!

Harnröhrenleiden, frischer u. veralt. Ausfluß, Heilung in kürzester Frist, **Syphilis,** ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung und andere Gifte, **Mannesschwäche,** sofortige Hilfe. Ueber jedes der 3 Leiden ist eine ausführl. Broschüre erschienen mit zahlr. ärztl. Gutachten u. Hunderten freiwill. Dankschreiben Geheilter. Zusendung gegen 1 Mk. in Marken für Porto und Spesen in verschlossenem Kuvert ohne Aufdruck durch Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin S32, Potsdamerstr. 123 B. Sprechstunden: 9—11, 2—4 Uhr, Sonntags von 10—11 Uhr. Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

Hüte

für Damen sowie auch für Herren presse um auf moderne schicke Formen.

Fa. Else Pitzschker

Inh.: M. Emsel

Gr. Ritterstr. 1 * Gr. Ritterstr. 1

Original Münchener wasserdichte

Lodenmäntel

für Herren.

Windjacken

für Damen und Herren.

Promenaden-Gamaschen

bis 30 cm hoch für Damen und Herren.

Wickel-Gamaschen

Leder-Gamaschen

Sportstutzen

Frz. Hildebrandt, Kleine Ritterstraße 13. — Fernsprecher 482. —

Hüte zum Umpressen

werden noch angenommen.

J. Hagen, Putz, Entenplan 9.

Hallbe.

H. Lohmann, Luisenstraße 10.

Tivoli-Theater Merseburg.

Direktion: A. Dechant.

Sonntag, 8. Febr., abds. ½8 Uhr: Zum letzten Male!

Das Dorf ohne Glocke.

Volksop. in 3 Akt. n. E. Künnecke.

Dienstag, 10. Febr., abds. ½8 Uhr: Auf vielseitigen Wunsch!

Die geschiedene Frau.

Operette in 3 Akt. von Leo Fall.

Panorama

im Herzog Christian.

Diese Woche:

Bornholm.

Ratskeller - Restaurant

Jeden Sonntag von 4 Uhr bis 11 Uhr:

Künstler-Unterhaltungsmusik

Otto Kießler.

Turnverein „Rothstein"

Sonntag, den 8. Februar 1920

Gr. Maskenfest

in den festlich dekorierten Räumen des **Kaffeehaus Meuschau.**

Von 3 Uhr an Ball.

Maskeneinlaß 5 Uhr.

Die best. Masken werden prämiiert.

Einlaßkarten 1 Mark

im Vorverkauf bei Herrn Kurt Karius, Brühl 4. — Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Neues Schützenhaus

Sonntag, den 8. Februar

großes Strand- und Gartenfest

in wunderbar dem Fest entsprechend dekorierten Räumen. Anfang 3 Uhr.

Es ladet freundlichst ein H. Eisenberger.

Am Sonnabend, von 5 Uhr an bleibt mein Lokal wegen Vereinsfestlichkeiten geschlossen

---

Druckarbeiten

für Behörden, Handel, Industrie, Gewerbe, Vereine und Private fertige ich in geschmackvoller Ausführung — an. Den jetzt dringend nötigen —

Reklame-Drucksachen,

auf deren wirkungsvolle Ausstattung ich Wert lege, widme ganz besondere Aufmerksamkeit und stehe Preisanschlag jederzeit — — — zu Diensten. — — —

Spezialität.

Tabellen — Kopierfähige Drucksachen — Preislisten — Postkarten — Briefbogen — — — Briefumschläge usw. — —

Familien-Anzeigen

schnell, sauber und billig.

Buchdruckerei Th. Rößner,

Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Fernruf 324.

Enterpe

Sonntag, den 8. Februar:

Ausflug nach Trebnitz!

Von nachmittags 3 Uhr an **Tänzchen!**

Abmarsch 2 Uhr von der Waterloobrücke. Gäste herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Zu den morgen Sonntag, nachmittags ½4 Uhr u. abends 8 Uhr in Rüttes Hotel (am Bahnhof) Merseburg stattfind.

Evangelisations-Versammlungen

geleitet durch Herrn von Rohr wird hiermit jedermann freundlichst eingeladen.

Eintritt frei!

V. f. L.

Sonntag, den 8. Febr. 1920, von nachm. 4 Uhr ab

Tänzchen

im Vereinshaus.

Brenn-Holz

wieder eingetroffen!

Verkauf Hallesche Str. 39, Hof.

Der

Reichsbund der K., K. u. K.

hält am

Sonntag, den 8. Februar, nachm. 3 Uhr im Tivoli

eine große, öffentliche

Protest-Versammlung

ab, wozu alle Mitglieder und die Behörden eingeladen werden.

Referent: Kam. Witschel-Leuna.

Thema: Was haben die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zu fordern?

1. Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe an alle Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.
2. Sofortige, den Teuerungsverhältnissen entsprechende laufende Erhöhung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.
3. Übergabe der Mittel der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen an die amtliche Hinterbliebenenfürsorge unter Einräumung eines entscheidenden Mitbestimmungsrechtes der Hinterbliebenen.
4. Weitergewährung der Mittel für die Kriegswohlfahrtspflege, soweit sie zur Ausübung der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge verwendet wird.
5. Sofortige Verabschiedung des Gesetzes über den Einstellungszwang und restlose, weitherzige Durchführung desselben.

Der Vorstand.

Künstlicher Zahnersatz

Spez.: Kronen und Brücken.

Behandlung kranker Zähne.

Hubert Totzke i. Fa. Willy Muder

Markt 19 Merseburg Tel. 442

:—: Sprechzeit 8—6 Uhr. :—:

Deutsch demokrat. Partei

Kreisverein Merseburg.

Am Dienstag, den 10. d. M., abends 7½ Uhr findet im Gemeinde-Gasthof in Göhlitzsch eine

öffentliche Versammlung

statt. Parteisekretär Walther-Merseburg spricht über:

Demokratie und nationaler Gedanke.

Alle Männer und Frauen aus Göhlitzsch und Umgeg. werden zu dieser Versammlung herzlich eingeladen. Der Vorstand.

G. D. A.

58er. V. D. H. V. d. D. K. D. A. B.

Montag, den 9. Februar, abends pünktlich ½8 Uhr, im Gasthaus „Halber Mond"

Monats-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht über die letzten Sitzungen der Tarifgemeinschaft und der Austritt der „Afa". 2. Der Tarif der städtischen Angestellten und der Zentralverband. Referent: Kollege Böttcher aus Leipzig.

Kollegen, Kolleginnen! beim Magistrat, Kreisverwaltung und Regierung, in Handel und Industrie! Es gilt, der Einladung der „Afa" zur Versammlung am gleichen Tage die rechte Antwort zu geben. Darum darf keiner in unserer G. D. A.-Versammlung fehlen.

Wir für Euch, Ihr für uns!

Der Vorstand. J. A.: Willy Schulz.

Werkmeister-Bezirksverein Merseburg u. Umg.

Unsere Monats-Versammlung findet nicht Sonnabend, den 7. Februar,

sondern Sonntag, den 8. Febr., nachm. 3 Uhr

im „Tivoli" statt.

Vortrag des Verbands-Kollegen

Herrn Karl Beese, Halle.

Erscheinen aller Kollegen, sowie noch fernstehenden Kollegen erwünscht. Der Vorstand.

Alte sozialdemokratische Partei

Dienstag,, den 10. Februar, abends 7½ Uhr findet in der „Funkenburg" eine

öffentliche

Volksversammlung

statt. Professor Waentig-Halle spricht über

Staatsbankrott.

Männer-Turnverein E. V.

Sonntag, den 8. Februar, von nachm. 3 Uhr ab im Gasthof zum Deutschen Kaiser in Schkopau

Groß. Kappenfest

wozu die Mitglieder und Gäste freundlichst eingeladen werden.

Der Veranügungsausschuß.

Gesellschafts-Verein „Neu-Amicitia".

Wir machen unsere Mitglieder und eingeladenen Gäste nochmals auf unser am Sonntag, den 8. Februar stattfindendes

Kostümfest

im Etablissement „Casino"

aufmerksam. Der Vorstand.

Strandschlößchen.

Sonntag, den 8. Februar **Großer Ball.**

Anfang 3 Uhr. — Görlach-Orchester. A. Weiß.

Funkenburg

Sonntag, 8. Febr.

Groß. Ball

Volles Orchester. Anfang 3 Uhr.

Atzendorf.

Sonntag, den 8. Februar, von nachm. 3 Uhr ab ladet zum

Tanzvergnügen

freundlichst ein Th. Burkhardt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200208-19/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 33. Sonntag den 8. Februar 1920. 46. Jahrg.

Preußische Landesversammlung.

Berlin 6. Februar.

Auf der Tagesordnung stehen förmliche Anfragen der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten über die zerrugswidrige Verhinderung des Verkehrs mit Ostpreußen durch die Polen.

Abg. Graf Kanitz (Dn.): Unsere Hoffnung, daß der gesunde Menschenverstand bei unseren Feinden siegen würde, hat sich nicht erfüllt. Der ganze unmittelbare Fernschreib- und Fernsprechverkehr mit Ostpreußen ist von den Polen unterbrochen. Auch besteht seit dem 1. Februar keine unmittelbare Verbindung mehr zwischen Ostpreußen und dem Reiche. Die Strecke Konitz—Dirschau—Marienburg ist gesperrt. Die Reisenden der letzten Züge wurden einer vertragswidrigen scharfen Grenzkontrolle unterzogen. Das Auswärtige Amt hat sehr wenig getan, um diesen Verletzungen des Friedensvertrags entgegenzuwirken. Graf Lerchenfeld scheint nicht der geeignete Mann zu sein.

Präsident Leinert: Es gehört nicht zu den Gepflogenheiten des Hauses, Reichsbeamte, die sich hier nicht verteidigen können, persönlich anzugreifen.

Abg. Graf Kanitz (fortfahrend): Wir fordern von der Regierung ein energisches Einwirken auf die Reichsregierung, daß sie sich der Ostmarkeninteressen mehr als bisher annimmt.

Abg. Frau Heiser-Jaquet (Soz.): Wenn die Polen ihren Pflichten nicht nachkommen, muß ihnen mit gleicher Münze gedient werden. Nur durch einschneidende Maßnahmen können wir unsere Rechte erzwingen.

Verkehrsminister Oeser: Ich habe sofort nach den ersten Meldungen von den Verkehrsstörungen Kommissare entsandt, die mit den Polen in Verhandlungen stehen. Diese sind noch nicht abgeschlossen. Der Güterverkehr ist aber schon wieder aufgenommen worden, und im Personenverkehr stehen Erleichterungen bevor. Der Artikel 89 des Friedensvertrages ist durchaus klar. Er sichert uns einen von Zoll- und ähnlichen Abgaben freien Durchgangsverkehr zu. Im Güterverkehr werden wir in wenigen Tagen, vielleicht schon heute, zu einem annähernd normalen Zustand gelangen. Die Hemmungen liegen in den militärischen Untersuchungen, die nur am Tage erfolgen und dadurch während der Nacht den Güterverkehr zum Stocken bringen. (Hört, hört!) Die Paßforderungen der Polen verstoßen gegen den Geist des Vertrags. Wir sind sofort durch das Auswärtige Amt in Warschau vorstellig geworden, haben aber noch keine Antwort erhalten. (Hört, hört!) Es fragt sich, ob wir unter diesen Umständen noch Anlaß haben werden, mit den Polen zu verhandeln, oder ob wir nicht zu Gegenmaßnahmen schreiten müssen. Wir verlangen, daß uns unter allen Umständen ein völlig ungehinderter, von allen Hemmnissen und schikanösen Untersuchungen befreiter Durchgangsverkehr gesichert wird.

Unterstaatssekretär Göhre: Die Reichsregierung hat sich in jeder Hinsicht bemüht, den jetzigen Zuständen vorzubeugen. Die Lage ist dadurch erschwert, daß wir in Warschau noch keinen deutschen Vertreter haben. Wir sind schon beim Auswärtigen Amt deshalb vorstellig geworden. Falls die polnische Regierung den Verkehrshemmungen nicht unverzüglich abhilft, wird zu Gegenmaßnahmen geschritten werden.

Abg. Behrendt-Danzig (Str.): Ein gutes Einvernehmen zwischen Danzig und Polen ist für beide Teile Lebensnotwendigkeit. Aber die Danziger Bürger wollen ihre deutsche Eigenart behalten. Große Erwartungen knüpft man an einen künftigen Luft- und gesteigerten Bugverkehr zwischen Ostpreußen und dem Reiche.

Minister Oeser dankt dem Vorredner namens der Regierung für das warme deutsche Gefühl, das er bekundet. Die losgelösten Teile des Reiches bleiben in unseren Herzen das, was sie früher waren. (Beifall.) Wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um ihnen das Gefühl des Verlassenseins zu nehmen. Die Danziger Messe werden wir genau so behandeln wie die Leipziger Messe. Wegen der Einrichtung eines Luftverkehrs will ich an zuständiger Stelle zu wirken suchen. (Beifall.)

Abg. Winkler (Dem.): Zu den Verhandlungen bezüglich des Ostens sollte man ganz besonders Männer heranziehen, die den Osten genau kennen. Auf Antwort aus Warschau sollte die Regierung nicht so lange warten, sondern ihre Gegenmaßnahmen treffen.

Abg. Delmer (Dn.): Wenn die Regierung jetzt erst Erwägungen anstellt, dann sorgt sie schlecht für Westpreußen. Die Feinde haben es absichtlich vom Reiche abgeschnitten, weil sie es schließlich auch noch schlucken möchten.

Abg. Frau Pohlmann (D. Vpt.): Es gilt jetzt nicht, den Polen Liebenswürdigkeiten zu erweisen, sondern sie mit fester Hand zur Erfüllung des Vertrages anzuhalten.

Abg. Peter-Elbing (Soz.): In Elbing liegen Tausende von Arbeitern auf der Straße, weil die Industrie still liegt und die Abwanderung nach dem Westen wegen der teuren Tarife unmöglich ist. Die Regierung muß schleunigst für Wiederherstellung des Landverkehrs sorgen.

Die Aussprache schließt.

In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf zur Ermächtigung des Justizministers zu vorübergehenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Dienstaufsicht und der Disziplinargewalt aus Anlaß der Ausführung des Friedensvertrages angenommen.

Es folgt die förmliche Anfrage aus dem Zentrum über

Höchstpreise für Kartoffelsaatgut

in Verbindung mit Anträgen auf Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Beschaffung von Saatgetreide.

Abg. Herkenrath (Ztr.) begründet die Anfrage. Der Kartoffelbauer muß, da für Saatkartoffeln keine Höchstpreise bestehen, bis zu 80 M und mehr dem Saatgutzüchter bezahlen. Auf jeden Zentner Speisekartoffeln entfällt ein Saatkostenaufwand von 4 M. Wie gedenkt die Regierung Abhilfe zu schaffen?

Abg. Peters-Hochdonn (Soz.): Das Saatgut muß planmäßig verteilt werden. Unser Antrag auf Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung bedarf keiner Begründung. Ich empfehle die Überweisung an den Landwirtschaftsausschuß.

Abg. Richtarsky (Ztr.) begründet den Antrag auf Beschaffung von Saatgetreide.

Ein Kommissar des Landwirtschaftsministers erklärt, die Einführung von Höchstpreisen für Saatkartoffeln sei nicht beabsichtigt.

Nach kurzer Aussprache gehen die Anträge an den Landwirtschaftsausschuß.

Es folgt die förmliche Anfrage Dr. Boelitz (D. Vpt.) über die Lehrbücher für Geschichte.

Abg. Dr. Boelitz (D. Vpt.): Ein Erlaß des Unterrichtsministers vom 6. Februar v. J., wonach die bisherigen Lehrbücher für Geschichte im Klassenunterricht nicht mehr zu benutzen seien, muß völlige Anarchie im Geschichtsunterricht hervorrufen. Dieser Erlaß hat überdies auch im Schulbücherverlag schwere Beunruhigung erzeugt. Will der Minister den Erlaß zurückziehen?

Ein Vertreter des Unterrichtsministers verteidigt den Erlaß. Je größer die Staatsumwälzung ist, desto umfassender muß auch die Umgestaltung des Geschichtsunterrichts sein. Übrigens können die Bücher nach wie vor zu Hause als Hilfsmittel benutzt werden. Der Erlaß sagt keineswegs, daß sie nicht gekauft werden dürfen.

Es wird Besprechung der Interpellation beschlossen, jedoch auf Antrag Porsch (Ztr.) vertagt.

Es folgt die Beratung des Antrags der Abgg. Graef, Lübemann und Genossen auf Errichtung forstwirtschaftlicher Mittelschulen.

Abg. Lübemann (Soz.) begründet den Antrag, der an den Ausschuß für Handel und Gewerbe geht.

Der Präsident schlägt vor, bis Mittwoch den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, zu vertagen.

Abg. Hergt (Dn.) zur Geschäftsordnung: Wir vertreten den Standpunkt, daß die Auslieferungsfrage besonders das preußische Volk angeht, und bedauern, daß die preußische Volksvertretung in dieser kritischen Zeit auseinandergeht und sich in einer so ernsten Frage selbst ausschaltet.

Der Präsident erklärt, daß die Deutschnationalen im Ältestenrat mit der Vertagung einverstanden gewesen seien.

Nächste Sitzung Mittwoch den 18. Februar, 3 Uhr nachmittags. — Schluß 6 Uhr.

*

Keine Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 6. Febr. Der Ältestenrat der preußischen Landesversammlung war zunächst der Ansicht, daß in der gespannten politischen Lage, die durch die Auslieferungsliste der Entente geschaffen worden ist, die Landesversammlung die Aufgabe habe, zunächst weiter zu tagen, solange das Reichsparlament noch nicht zusammengetreten ist. Da nun aber die Nationalversammlung nicht einberufen wird, so wurde heute vormittag beschlossen, daß die Landesversammlung sich heute bis zum 18. Februar vertagt, da sie nicht die Aufgabe haben kann, auf die Dauer das Parlament des Reiches in wichtigen politischen Fragen zu vertreten.

Deutschland.

Die Beihilfen für die Ruhestandsbeamten und die Beamten-Hinterbliebenen.

Auf eine Anfrage hat das Reichsfinanzministerium geantwortet: Den Beamten im Ruhestande und den Beamten-Hinterbliebenen werden im Falle des Verbrauchs auf Antrag laufende Kriegsbeihilfen in Höhe von 50 bis 100 Prozent der aktiven Beamten gezahlten Teuerungszulagen bewilligt. Das Verlangen, den Pensionären ohne Rücksicht auf ihre Privateinkommen die gleichen Zulagen wie den aktiven Beamten zu gewähren, vermag die Reichsregierung, von der Bereitstellung der Pensionäre abzuleiten, nicht als berechtigt anzuerkennen, zumal sie im allgemeinen in der Lage sind, durch die Wahl des Wohnsitzes und die Einrichtung ihrer gesamten Lebenshaltung sich eine Reihe von Ausgaben zu ersparen, denen sich die aktiven Beamten nicht entziehen können. Vor allem aber erscheint es die Möglichkeit auf die Reichsfinanzen, die Bewilligungen in möglichst engen Grenzen zu halten. Die Lage der Beamten im Ruhestand und der Beamtenhinterbliebenen wird jedoch eine wesentliche Erleichterung dadurch erfahren, daß die allen aktiven Beamten bewilligte Erhöhung der Teuerungszulage um 150 Prozent mit Wirkung vom 1. Januar im Rahmen der bisherigen Bewilligungsgrundsätze ihnen ebenfalls zuteil werden soll.

*

Politische Wochenrundschau

vom 31. Januar bis 6. Februar.

Zu Beginn des Monats Februar ist die Lage Deutschlands ähnlich kritisch, wie in den Junitagen des vorigen Jahres, als die Frage Unterzeichnen oder Ablehnen zu lösen war. Die Entente hat der deutschen Regierung die Liste der auszuliefernden Personen übermittelt und diese Liste umfaßt etwa 900 Namen, darunter fast sämtliche Heerführer. Sämtliche Vorstellungen der deutschen Regierung sind also erfolglos gewesen. Zuletzt noch, am 25. Januar, hat die deutsche Regierung in Paris eine Note überreichen lassen, in der noch einmal ausführlich nachgewiesen wird, daß die Auslieferung Deutscher an die Gerichte der Entente eine Unmöglichkeit ist. Selbst wenn die Regierung entschlossen wäre, dem Verlangen der Entente nachzukommen, so wäre sie hierzu einfach nicht in der Lage. Es fehlt ihr, und nicht nur ihr, sondern jeder deutschgesinnten Regierung, wie sie auch immer zusammengesetzt sein mag, an Machtmitteln, die Forderung der Entente zu erfüllen. Niemand in Deutschland würde sich finden, der die Polizeidienste für die Herren der Entente auszuführen gewillt ist. Wo sich aber wirklich einige Subjekte bereit finden sollten, die auch vor ihre Landsleute zu legen, da würden Hunderte dagegen auftreten und Blutvergießen wäre die unvermeidliche Folge. Die Regierung wird zunächst versuchen, den Japanern kommt den Gegnern dadurch, daß sie alle von der Entente bezeichneten Persönlichkeiten vor das Reichsgericht stellen und Vertretern der Entente bedeutenden Einfluß auf das Verfahren zusichern will, so weit entgegen, daß es nahezu unmöglich erscheint, zu irgend einer Einigung zu kommen, wenn die Entente selbst diesen Vorschlag ablehnt. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß gerade im Ententelager in der Auslieferungsfrage die Meinungen geteilt sind. Die Amerikaner sind auch die Japaner haben sich bei der Aufstellung der Auslieferungsliste nicht beteiligt. Von Italien weiß man, daß es gegen die Auslieferung war und daß es wahrscheinlich nur dem starken Druck Frankreichs nachgegeben hat. Ja selbst in England sind bestimmte Kreise gegen die Auslieferung und es ist sogar gelegentlich in englischen Blättern auf die Gefahren der Auslieferung hingewiesen worden. Trotzdem besteht kein Anlaß für eine optimistische Auffassung der Lage. Was aber nach einer Ablehnung der Auslieferungsforderung erfolgen wird, ist heute schwer oder gar nicht zu sagen. Selbst wenn die heutige Regierung zurücktreten würde, so wäre für die Entente doch nichts damit gewonnen, denn keine Regierung, gleichviel ob welcher Parteien sie gebildet ist, wird in der Lage sein, die Forderungen der Entente zu erfüllen, da ihr hierfür die Machtmittel niemals zur Verfügung stehen würden.

Die Unduchführbarkeit dieser Strafbestimmungen beweist immer mehr, wie nötig eine Revision des Friedens von Versailles ist und so haben sich denn in letzter Zeit mancherlei Stimmen für eine solche Revision erhoben. Ganz besonders sind es amerikanische Bankleute, die auf die Unsinnigkeit der finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrages hingewiesen haben. Aber selbst in Frankreich scheint sich die Erkenntnis Bahn zu brechen, daß das wirtschaftliche Elend, das dem Krieg in allen Ländern unseres Erdteils gefolgt ist, nur durch gemeinsame Arbeit überwunden werden kann. Es ist bemerkenswert, daß der Vorschlag zur Einberufung einer internationalen Valutakonferenz gerade von Frankreich ausgegangen ist. Das Land ist trotz des günstigen Kriegsausganges wirtschaftlich aufs äußerste geschwächt, seine eigene Valuta wird infolge der Verschuldung an Amerika von Tag zu Tag schlechter und die drohende deutsche Währungskatastrophe würde auch Frankreich mit in den Abgrund reißen. Das sind freilich Erwägungen, die die Entente im eigenen Interesse veranlassen sollten, von dem schmachvollen und unsinnigen Auslieferungsverfahren abzusehen.

Die innerpolitische Lage Deutschlands steht auch in dieser Woche weiter im Zeichen der Entspannung. Trotz der Hetzereien von kommunistischer und teilweise auch unabhängiger Seite ist der 1. Februar, bekanntlich der Tag, an dem die Einführung der 6-Stunden-Schicht im Bergbau erzwungen werden sollte, ruhig verlaufen. Die Maßnahmen der Regierung, die Neben besonnener Arbeiterführer und die Streikmüdigkeit der Massen, haben diese kritische Situation glücklich überwinden lassen. Damit ist natürlich die Forderung auf Einführung der 6-Stunden-Schicht nicht erledigt, sondern nur vertagt. Es wird vor allem darauf ankommen, weitere Arbeitskräfte in die Kohlenreviere zu ziehen und hierzu soll das von der preußischen Regierung eingebrachte Ruhr-Siedlungs-Gesetz beitragen. Es ist zunächst beabsichtigt, 150 000 Arbeiter im Ruhrrevier neu anzusiedeln.

Die von der Regierung wegen mangelnder Arbeitsleistung geschlossenen Eisenbahnwerkstätten konnten größtenteils bereits wieder eröffnet werden. Überall haben sich ausreichend, ja teilweise über den Bedarf hinaus, Arbeiter gemeldet, die bereit sind, unter den neuen Bedingungen zu arbeiten. Da auch die Organisationen, wenigstens als Notbehelf, das Streikposten-Stehen anerkannt haben, so ist anzunehmen, daß wir hier über den Berg sind.

Eine wenig erfreuliche Kunde brachte die Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums, in der eine Herabsetzung der Brotration von 260 auf 200 Gramm angekündigt wurde. Sachkennern ist sie kaum überraschend gekommen, aber ein großer Teil des Publikums war durchaus nicht darauf vorbereitet, da von den Regierungsstellen aus die Ernährungslage fast immer in sehr rosigen Farben geschildert wurde. Bei den ganz außerordentlich ungünstigen Valutaverhältnissen und der Unsicherheit der Weltmarktlage sind wir genötigt, so sparsam zu wirtschaften, daß wir bis möglichst nahe an die neue Ernte heran mit unseren Vorräten reichen. Augenblicklich ist man damit beschäftigt, einen Wirtschaftsplan für das neue Erntejahr aufzustellen. Unter dem Vorsitz des Ministers Schmidt finden im Reichswirtschaftsministerium augenblicklich Besprechungen über die Ernährungslage statt. Meldungen, daß die Regierung sich zur Beibehaltung der Zwangswirtschaft entschlossen habe, dafür aber bereit sei, höhere Preise zu bewilligen, werden von amtlicher Stelle als dertrügt bezeichnet. Anscheinend besteht aber Geneigtheit, die Zwangswirtschaft für einige wenige Erzeugnisse aufzuheben.

Das Geheimnis von Dubschinka.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

39. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ja. Die Anstalt Dr. Weigstücks liegt auf einer Anhöhe unmittelbar von Benkowaß. Es ist ein villenartiger Bau, von einem großen Garten und einer hohen Mauer eingeschlossen. Sie werden es leicht erkennen, denn es gibt kein ähnliches Gebäude ringsum. Das Eingangstor liegt gegen die Straße zu, ist aber natürlich immer verschlossen. Man wird Sie dort erwarten. Sollte niemand am Tor stehen, so müssen Sie dreimal hintereinander läuten. Das ist das Zeichen, daß kein Unberufener eindringen will.“

„Dann ist ja alles geordnet.“

„Allerdings. Und nun will ich noch rasch das Billet an Parkinson schreiben, damit Sie morgen früh Paul gleich damit wegschicken können. Kommen Sie mit mir hinab, ich schreibe unten in meinem Zimmer. Zur Gräfin soll ich heute also nicht mehr?“

„Keineswegs. Es ist auch gut, wenn sie morgen zu Bett bleibt, — der Amerikaner könnte immerhin auf die Idee kommen, sich zu erkundigen, ob sie wirklich krank ist. Auch liegt übermorgen wieder eine schwere Aufgabe vor ihr, und es wird gut sein, wenn sie dafür Kräfte sammelt.“

„Nun, hoffentlich ist es die letzte Anforderung, die wir in dieser Richtung an sie stellen müssen!“

Die beiden Männer verließen entfernten sich und Silas Hempel verließ einige Minuten später gleichfalls seinen Lauschersposten, indem er sich über die kleine Treppe entfernte.

Sein Gesicht strahlte. Was er gehört hatte, übertraf weitaus seine Erwartungen.

*

Achtzehntes Kapitel.

Mitten in der Nacht wurde der Portier Dobruck von Paul, dessen Zimmer neben dem Bastides lag, geweckt.

„Ich weiß nicht, was mit dem Kammerdiener los ist,“ berichtete er, „er stöhnt und ächzt schon seit einer halben Stunde ganz jämmerlich und klagt über furchterliche Leibschmerzen. Marianna, die ich weckte, kochte ihm Tee, aber da wurde es nur schlechter. Er fürchtet, daß er etwas Giftiges gegessen habe und sterben müsse, und er verlangt, daß man ihn augenblicklich nach Kolarschin zum Arzt fahre.“

„Unsinn — es wird ja wohl nicht so arg sein,“ brummte Dobruck, erhob sich aber doch und ging hinab nach Bastides Kammer.

Als er den jammernden, sich vor Schmerzen windenden Menschen sah, dessen Gesicht ganz blau angelaufen war, erschrak er heftig.

„Das fehlte noch, daß uns der Kammerdiener jetzt hier stürbe!“ sagte er ärgerlich. „Was das wieder für Schereereien und Gerede gäbe und am Ende gar noch eine gerichtliche Untersuchung. Als ob wir nicht schon genug mit Wenzels Verschwinden zu tun hätten! Was haben Sie denn nur gegessen, Bastide? Sie waren ja wohl gar nicht daheim abends?“

Bastide antwortete nur durch Stöhnen und jammerte, man solle ihn doch um Gottes willen zum Arzt fahren, damit dieser ihm ein Gegenmittel gebe, sonst sei es aus mit ihm.

„Die Blutwürste — die verdammten Blutwürste,“ stammelte er dann noch mit stierem Blick.

„Ich würde ihn wohl nach Kolarschin fahren,“ meinte Paul zuletzt, „wenn Sie nur den Herrn Grafen vorher fragen wollten, Herr Dobruck. Ohne seine Erlaubnis darf ich nicht einspannen.“

„Ich was, spannen Sie in Gottesnamen ein, ich übernehme schon die Verantwortung,“ lautete Dobrucks Antwort. Den Herrn Grafen kann ich jetzt, mitten in der Nacht, doch nicht aufwecken!“

Eine Viertelstunde später fuhr Bastide, den Zwan mittels Kissen und Decken möglichst schonend in den Wagen gebettet hatte, nach Kolarschin. Er hatte gebeten, ins „Schwarze Roß“ gebracht zu werden. Als man dort anlangte, schien ihm etwas besser. Der Portier des „Schwarzen Rosses“ wurde geweckt.

„Gehen Sie mich nur hier beim Portier ab und fahren Sie dann gleich wieder heim, Paul, daß sich die Pferde nicht erkälten. Ich schicke hier den Hausknecht zum Arzt,“ sagte der Kammerdiener noch mit matter Stimme und winkte dem scheidenden Leibjäger dankend zu. Von Portier und Hausknecht gestützt, wankte er die Treppe hinauf. Kaum aber war der Wagen um die Ecke, als Bastide sowohl dem Portier, als dem Hausknecht ein Geldstück in die Hand drückte.

„Nanu — was soll denn das bedeuten?“ fragte der erstere mißtrauisch. „Sie lachen ja ganz vergnügt, und erst kamen Sie an, wie ein Halbtoter — von Rechts wegen hätte ich Sie gar nicht aufnehmen sollen — und jetzt wollen Sie uns gar noch bezahlen — wofür denn, wenn man fragen darf?“

Bastide schmunzelte noch vergnügter.

„Dafür, daß Sie beide den Mund halten und genau das tun, was ich Ihnen sagen werde. Dann gibts zum Schluß für jeden von Euch noch einmal Goldstücke!“

Sie hatten inzwischen ein Zimmer des ersten Stockwerkes erreicht und die Tür leise zugezogen, denn da es Mitternacht vorüber war, lag natürlich alles im Hause in tiefem Schlaf.

„Der Hausknecht, ein armer Teufel, der offenbar nur in der Not diesen wenig einträglichen Posten in dem winzigen „Hotel“ — eigentlich war es nur ein besseres Landgasthaus — angenommen hatte, ließ äugelte entzückt mit dem Goldstück. „Noch eins?“ murmelte er beinahe andächtig. „So viel verdient man hier ja kaum in einem ganzen Vierteljahr!“

„Es kommt darauf an, was verlangt wird“, meinte der Portier, ein biederer Böhme, zweifelnd. „Ich bin ein ehrlicher Mann und verlaufe nich nicht an einen schlimmen Handel!“

Bastide war an den Waschtisch getreten und begann, sein Gesicht mit Wasser und Seife energisch zu bearbeiten, wobei der unheimliche, blaue Ton seines Antlitzes sichtlich in gesundes Rot überging.

Dabei sagte er lachend: „Verlangt auch kein Mensch von Ihnen. Übrigens — Sie kennen mich doch?“

„Natürlich — Sie sind der Kammerdiener des Grafen Koschwitzki auf Dubschinka.“

„Von. Die Sache ist nun diese: Ich mag nicht länger dort bleiben, weil mir weder die Herrschaft, noch dieses Dubschinka paßt. Darum habe ich diese kleine Krankheit in Szene gesetzt, um fortzukommen, das ist alles!“

„Wenn aber der Graf sich auf allerdings ein Knauser, das haben wir hier längst bemerkt, wenn er gelegentlich mal abtrieg im „Schwarzen Roß“. Und reichlich herrisch tritt er auch auf —“

„Nicht wahr? Nun, sehen Sie, ich hätte jetzt Gelegenheit, einen andern, viel besseren Posten zu bekommen, bei einem Amerikaner, der gestern in Dubschinka war.“

„Ja, ja, der ist nachher sogar bei uns abgestiegen — —“

„Dachte es mir“

„Und der will Sie nehmen?“

„Ich glaube wohl. Er sucht einen Kammerdiener, der sprachenkundig ist — das bin ich — und fragte mich, ob ich keinen wüßte. Die Sache sprach mich gleich an. Amerikaner sind reich, und man kommt mit ihnen ein bißchen in der Welt herum, was immer meine Sehnsucht war. Aber natürlich kann er nicht warten, da er in einigen Tagen schon wieder fort will, und ich habe beim Grafen monatliche Kündigung ausgemacht. Da mußte ich nun eben zu einer List greifen!“

Der Portier lachte.

„Das haben Sie wirklich nicht schlecht gemacht, Monsieur Bastide!“

„Nicht wahr?“ lächelte Bastide nun. „Fort bin ich — nun aber müßt ihr mir weiterhelfen, und dafür sind eben die Geldstücke. Ich brauche übrigens nichts weiter zu tun, als morgen, wenn jemand aus Dubschinka nach mir fragen sollte, zu sagen, daß der Graf hier war und angeordnet habe, ich brauche absolute Ruhe und dürfe niemand empfangen!“

„Wenn aber der Graf selbst kommt und dann vielleicht zum Arzt geht, wo er doch erfahren würde, daß hier gar nicht gerufen wurde?“

„Das tut er bestimmt nicht, denn dazu ist er momentan viel zu sehr mit anderen Dingen beschäftigt. Höchstens schickt er den Portier, oder den Leibjäger.“

„Na, dann können wir's wohl auf unser Gewissen nehmen. Und bereinlassen werde ich auch niemand zu Ihnen. Aber wie wollen Sie es dann später machen?“

„Ganz einfach. Ich zeige mich vorläufig nicht und verduste dann spurlos, wenn der Amerikaner abreist.“

„Durchbrennen? Da müssen Sie aber doch Ihre Sachen in Dubschinka im Stich lassen?“

„Zut nichts. Sie sind nicht viel wert. Was ich brauche, habe ich schon mit mir genommen.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200208-19/fragment/page=0005

Ehrentafel

(2. Nachtrag zum Gedenkblatt)

Es starben den Heldentod für Volk und Vaterland im Weltkriege 1914/18 noch folgende 47 Söhne der Stadt Merseburg:

Ackermann, Wilhelm 10. 10. 1916
Bernhorf, Max 17. 6. 1916
Büttcher, Artur 2. 11. 1916
Dietze, Karl 30. 3. 1918
Dietze, Karl 8. 9. 1918
Drese, Richard 20. 3. 1917
Eckardt, Kurt 24. 7. 1916
Frömmig, Albert 24. 1. 1915
Graf, Ernst 31. 10. 1918
Göhe, Wilhelm 24. 9. 1918
Grempler, Georg 16. 2. 1915
Herziger, Georg 1. 3. 1915
Hoffmann, Rudolf 5. 5. 1917
Jünger, Walter 30. 8. 1915
Kelbe, Werner 31. 5. 1917
Knoch, Paul 30. 10. 1915
Kunth, Artur 18. 9. 1918
Liebau, Paul 18. 7. 1918
Lindel, Karl 3. 8. 1915
Löser, Kurt 28. 9. 1916
Löser, Walter 25. 9. 1918
Manigk, Hugo 16. 4. 1918
Menzel, Otto 22. 6. 1916
Munzer, Richard 24. 7. 1915
Nauber, Otto 20. 4. 1918
Naumann, Otto 13. 6. 1916
Naumann, Walter 6. 7. 1914
Nürnberger, Richard 12. 10. 1916
Pfautsch, Rudolf 3. 8. 1918
Rittschaft, Friedrich 23. 10. 1915
Rudzez, Kurt 5. 10. 1918
Rosiko, Otto 5. 10. 1917
Rosenbaum, Willy 8. 8. 1918
Schäfer, Walter 24. 3. 1918
Schäfer, Erich 17. 7. 1918
Schliephak, Reinhold 22. 3. 1916
Schöbel, Roman 21. 3. 1918
Städter, Wilhelm 15. 7. 1916
Stech, Fritz 24. 3. 1918
Steckner, Gerhard 10. 10. 1915
Tesch, Alfred 20. 11. 1917
Thäsler, Fritz 28. 7. 1917
Thiele, Willy 22. 10. 1918
Welt, Fritz 1. 6. 1916
Wimmer, Eduard 1. 11. 1918
Zeiger, Hermann 17. 10. 1915
Ziegenhagen, Artur 1. 11. 1918

Berichtigungen

Kretschmann, Max 4. 10. 1914
(Statt Kretschmar 1. Liste)
Roennecke, Fritz 28. 4. 1915
(Statt Roenucke, 1. Liste)
Urich, Artur 2. 10. 1914
(Statt Ulrich, 1. Nachtrag)

Liste der im Weltkriege Vermißten der Stadt Merseburg*)

Bernstein, Otto 8. 10. 1915
(Sohn der verstorbenen Witwe Berta Bernstein)
Dathe, Paul 23. 10. 1918
(Fr. Dathe, Annenstr. 9)
Drehhopf, Kurt 2. 10. 1914
(Drehhopf, Domstüter)
Drese, Otto 6. 9. 1916
(Fr. Eckelmann, Kl. Sittistr. 18)
Eckardt, Paul 20. 9. 1914
Große, Albert 23. 8. 1918
(Albert Große, Gutenbergstr. 8)
Heidrich, Hugo 8. 7. 1915
(Karl Heidrich, Tischlermeister)
Heinrich, Willy 24. 8. 1918
(W. Heinrich, Johannisstr. 11)
Hesler, Karl 22. 10. 1914
(K. Hesler, Unteraltenburg 46)
Hoppe, Paul 20. 9. 1914
(Richard Hoppe, Fischerstr. 6)
Keil, Willy 26. 9. 1915
(E. Keil, Mühlberg 2)
Klengel, Fritz 8. 10. 1916
(Fr. Klengel, Roter Fellweg 3)
Köbel, Richard 29. 9. 1916
(Louis Köbel, Hintenstr. 2)
Krahneis, Gustav 27. 9 1918
Krüger, Willy 29. 8. 1918
Kunerth, Alfred 12. 10. 1917
(W. Kunerth, Ob. Breite Str. 21)
Kunth, Oswald 18. 9. 1918
(G. Kunth, Meuschauer Str. 21 a)
Langbein, Max 15. 7. 1918
(Theodor Langbein, Dachdecker)
Lorenz, Hermann 2. 10. 1914
(Herm. Lorenz, Gr. Ritterstr. 1)
Merzdorf, Erich 26. 9. 1918
(Rentner Merzdorf, Karlstr. 11)
Müller, Alfred 7. 9. 1914
Navratilla, Paul 20. 9. 1914
(F. Navratilla, Clobicauer Str. 30)
Nauber, Artur 20. 8. 1914
(W. Nauber, Clobicauer Str. 29)
Nietzelt, Oskar 29. 10. 1917
(W. Nietzelt, Steinstr. 13)
Pontel, Albert 30. 8. 1918
(Albert Pontel, Schlossermeister)
Rennacher, Ernst 22. 10. 1914
Stahl, Karl 31. 10. 1914
(Otto Stahl, Bäckermeister)
Tesch, Adolf 18. 8. 1915
(Ww. Tesch, Merseburg)
Troitzsch, Friedrich 8. 10. 1916
(B. Einig, Wagnerstr. 3)
Uhlemann, Fritz 20. 5. 1918
(Franz Uhlemann, Gartenstr. 11)
Weber, Werner 7. 10. 1915
(Richard Weber, Fabrikdirektor)
Wiesemann, Karl 18. 7. 1916
(Bernh. Wiesemann, Neumarkt 74)
Wießner, Ludwig 29. 9. 1918
(Wießner, Neumarkt 32)
Wolff, Emil 1. 11. 1918
(Emil Wolff, Milchhandlung)
Zimmermann, Willy 8. 6. 1916
(Zimmermann, Kriegsdorf Nr. 5)

*) Wir weisen unsere Leser besonders auf diese Liste hin und bitten jeden, der irgendetwas über einen der hierunter Aufgeführten weiß, sich an die unter den Namen in Klammern beigefügte Adresse zu wenden

---

Die Verwundungen des Reichsministers Erzberger haben sich als weniger gefährlich herausgestellt, als es ursprünglich den Anschein hatte. Der Minister konnte bereits am Mittwoch schon wieder an den Kommissionsberatungen teilnehmen, so daß, was als besonders erfreulich für die Klärung der politischen Frage bezeichnet werden muß, im Prozeß Erzberger-Helfferich keine Vertagung einzutreten braucht.

Merseburg und Umgegend.

7. Februar.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

** Auslandsbrief 50 ₰, Weltpostkarte 30 ₰. Die Postgebühr für einen Brief soll von der Weltpostversammlung in Genf, wie berichtet, schon Anfang März von 25 auf 40 Rappen erhöht werden, die für Postkarten von 10 auf 20 Rappen. Es ist kaum zu bezweifeln, daß diese Erhöhung zum Beschluß erhoben wird. Sache der deutschen Postverwaltung wird es dann sein, die Gebühren in die Markenwährung umzusetzen. Länder mit einer notleidenden Valuta sind berechtigt, auch ohne Änderung der Weltpostsätze ihre Gebühr für Auslandsbestellungen zu erhöhen. Die deutsche Post hat bekanntlich hiervon schon Gebrauch gemacht, indem sie die Gebühr für Weltpostkarten auf 15 ₰, die für den Brief auf 30 ₰ erhöht hat. Die Gebühr für Auslandsbriefe wird nach diesem Verhältnis und der künftigen Erhöhung des Weltpostsatzes 50 ₰ betragen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß der Satz noch höher wird. Reichet doch jetzt die Post schon bei den Gebühren, die sie den ausländischen Postverwaltungen ersetzen muß, den Franc zu 8 ℳ. Nach dem jetzigen Verhältnis würde sich eine Weltpostkarte künftig auf 30 ₰ stellen, so viel, wie jetzt der Auslandsbrief kostet. Eine Erhöhung ist um so sicherer, als auch die inländischen Postgebühren wieder gesteigert werden sollen.

** **100 Prozent Aufschlag der Papierwäsche.** Der fortgesetzten Steigerung der Papierpreise folgen auch die Preise für Papierwäsche. Sie sind jetzt sprunghaft emporgeschnellt. Nachdem die Preise letztmalig im Juli 1919 erhöht wurden, teilen die Fabrikanten — wie wir aus uns jetzt vorgelegten Listen ersehen — mit, daß ab 1. Februar 1920 eine Erhöhung der Preise für Papierwäsche um — 100 Prozent eintritt, auf jeden Fall eine Erhöhung, worüber die Verkäufer mehrmals die Augen gerieben haben werden, ehe sie sich an die Zahlen gewöhnen konnten.

*

Aus der Stadtverwaltung.

Der Magistrat wird der nächsten Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlüsse unterbreiten:

Städtische Tagegelder und Reisekosten.

Der Wortlaut des Gemeindebeschlusses über Gewährung von Tagegeldern und Umzugskosten wird wie folgt festgestellt:

Gemeindebeschluß

über Gewährung von Tagegeldern und Reisekosten bei Dienstreisen an die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, sowie an die Kommunalbeamten und diesen gleichzustellenden Angestellten der Stadtgemeinde Merseburg.

Auf Grund des § 6 des Gesetzes, betreffend die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten, vom 30. Juli 1899 ergeht folgender Gemeindebeschluß:

Punkt 1.

Bei Dienstreisen werden Tagegelder und Reisekosten gewährt. Zu allen Dienstreisen ist die vorherige Genehmigung des Magistratsdirigenten erforderlich.

Punkt 2.

Die Tagegelder betragen:

A I. für die Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung bezw. der städtischen Kommissionen und Deputationen, ferner für den leitenden Arzt und den Assistenzarzt im Krankenhause, den Direktor und Assistent des öffentlichen Nahrungsmittelunterfuchungsamtes, den Direktor der städtischen Gasanstalt und des Wasserwerkes, den Betriebsleiter des Elektrizitätswerkes, den Stadtitterarzt, den Stadtlandmesser, den Stadtbaumeister, die Oberstadtsekretäre und den Vorsteher der städtischen Sparkasse . . . . . .

A II. für die Stadtsekretäre, die Magistratssekretäre, die Assistenten und diesen gleichstehenden Beamten der städtischen Werke und Anstalten, sowie für die Angestellten in entsprechender Stellung . . . . . .

A III. für die Polizeiobermachtmeister . . . . . 18 ℳ,

A IV. für die Polizeiwachtmeister und Vollziehungsbeamten, Boten, Hauswarte und sonstigen diesen gleichstehenden Beamten und Angestellten . . . . . 15 ℳ,

B. Wenn die Dienstreisen nach Städten mit über 100 000 Einwohnern, mit Ausnahme von Halle, unternommen werden, so erhöhen sich die Sätze wie folgt:

a) für die unter A I Genannten auf . . . . . 50 ℳ,
b) für die unter A II Genannten auf . . . . . 35 ℳ,
c) für die unter A III und IV Genannten auf . . . 20 ℳ.

Punkt 3.

Erstreckt sich eine Dienstreise auf 2 Tage, wird aber binnen 24 Stunden beendet, so wird nur das 1½ fache der Tagegeldsätze des Punkt 2 gewährt.

Wird die Dienstreise an ein und demselben Tage angetreten und beendet, so tritt eine Ermäßigung der Tagegelder ein, und zwar:

bei Punkt 2 A I auf . . . . . 20,— ℳ,
bei Punkt 2 A II auf . . . . . 15,— ℳ,
bei Punkt 2 A III auf . . . . . 10,— ℳ,
bei Punkt 2 A IV auf . . . . . 7,50 ℳ.

Wenn die Dienstreisen nach Städten mit über 100 000 Einwohnern, mit Ausnahme von Halle, unternommen werden, so werden die im Punkt 2 aufgeführten nicht erhöhten vollen Tagegeldsätze gewährt.

Punkt 4.

An Kilometergeldern sind die jeweilig für die staatlichen Beamten festgesetzten Sätze zu zahlen, mit der Maßgabe, daß bei Benutzung von Eisenbahnen, Kleinbahnen oder Dampfschiffen

a) für die im Punkt 2 A I bezeichneten Beamten und Angestellten die Kilometergelder für die Benutzung der 2. Wagenklasse und
b) für die im Punkt 2 A II bis IV bezeichneten Beamten und Angestellten die Kilometergelder für die Benutzung der 3. Wagenklasse berechnet werden.

Bei Feststellung von Entfernungen ist ein angefangenes Kilometer voll zu berechnen.

Für Ab- und Zugang gelten gleichfalls die jeweilig staatlichen Sätze. Daneben werden die Zuschläge usw. für D- und Schnellzüge bei deren Benutzung nach staatlichen Grundsätzen gezahlt.

Bei Benutzung von Straßenbahnen werden nur die baren Auslagen vergütet. Die Straßenbahnen sind zu benutzen, sofern solche vorhanden und im Betrieb sind.

Punkt 5.

Bei allen Dienstreisen dürfen die Reisekosten nur für die nächste Ortsverbindung berechnet werden. Dienstreisen sind erforderlichenfalls (1. Oktober bis 31. März) um 7 Uhr morgens anzutreten.

Punkt 6.

Haben nachweislich höhere Reisekosten als die im Punkt 2, 3 und 4 festgesetzten aufgewendet werden müssen, so sind diese besonders nachzuweisen und werden erstattet.

Punkt 7.

Für die Dienstgeschäfte innerhalb des Gemeindebezirkes der Stadt Merseburg und bis zum Grundstück der Pumpstation bei Rössen und Gut Werder, sowie außerhalb dieser Grenzen in geringerer Entfernung als 2 Kilometer von den Gemeindegrenzen werden weder Tagegelder noch Reisekosten gewährt. Entsehen wegen der Dringlichkeit des Falles ausnahmsweise Unkosten, so werden die tatsächlichen baren Auslagen erstattet.

Punkt 8.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf die im städtischen Auftrag unternommenen Dienstreisen der Direktoren, Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen der städtischen Schulen sinngemäß Anwendung mit der Maßgabe, daß gleichgestellt werden:

a) die Direktoren, Rektoren, akademischen Oberlehrer und Oberlehrerinnen, die Leiter der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschule, den Beamten unter Punkt 2 A I;
b) die übrigen Lehrer und Lehrerinnen den Beamten unter Punkt 2 A II.

Schulausflüge nach Orten über 10 Kilometer Entfernung von der Gemeindegrenze gelten als Dienstreise.

Punkt 9.

Dieser Gemeindebeschluß tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 ab in Kraft.

Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt der Gemeindebeschluß vom 20. November/11. Dezember 1911 samt den dazu ergangenen Abänderungsbestimmungen außer Kraft.

Begründung: Die verschiedenen Beschlüsse über Änderung der Tagegelds- und Kilometersätze und der Beamtengruppen haben eine Neufassung des Gemeindebeschlusses nötig gemacht, die alle gefaßten Beschlüsse in sich zusammenfaßt.

Versicherung der Einwohnerwehr.

Der Magistrat beschließt: Die Einwohnerwehr mit 450 Mann bei der Zentralstelle für Einwohnerwehren auf Grund des Angebotes vom August 1919 in folgender Höhe zu versichern:

a) 10 000 ℳ für Todesfall,
b) 30 000 ℳ für Erwerbsunfähigkeit,
c) 10 ℳ täglich für vorübergehende Erwerbsunfähigkeit und zwar zunächst auf 1 Jahr.

Die dazu erforderlichen Mittel in Höhe von 11 250 ℳ jährlich sind aus Kriegsausgaben zu entnehmen und später durch Anlehne zu decken.

Begründung: Die zur Sicherung des Eigentums und der persönlichen Sicherheit der gesamten Einwohnerschaft der Stadt ins Leben gerufene Einwohnerwehr, deren Errichtung durch oberbehördliche Anordnungen neuerdings den Gemeinden zur Pflicht gemacht worden ist, bedarf zur Sicherung ihrer Mitglieder vor den Folgen von Unfällen, die ihnen in Ausübung ihrer Tätigkeit als solche zustoßen, einer weitgehenden Entschädigung durch Versicherung.

Nachdem mehrfach mit den verschiedensten Versicherungsgesellschaften Fühlung genommen war, ist nun die Zentralstelle für Einwohnerwehren in Berlin mit einer großen Anzahl (32) Versicherungsgesellschaften, zu denen alle größeren leistungsfähigen Versicherungsgesellschaften in Deutschland, Deutsch-Österreich und der Schweiz gehören, in Verhandlungen getreten, um das Angebot aus diesen Versicherungen auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen, die Versicherungsbedingungen für das gesamte deutsche Gebiet gleichmäßig und günstig zu gestalten, sowie die Versicherungsprämien möglichst auf einen niedrigen Stand zu bringen.

Dies hat zur Folge gehabt, daß nunmehr nachstehende Versicherungsbedingungen angeboten werden konnten:

Bei Orten mit weniger als 30 000 Einwohnern, zu denen Merseburg gehört, werden für je 10 000 ℳ Todesfall und Invaliditätssumme 0.525 ℳ und für je 1 ℳ Tagegeld bei vorübergehender Erwerbsbeschränkung 0,40 ℳ als Grundbetrag erhoben. Dies würde bei einer Versicherung von 10 000 ℳ für Todesfall, 30 000 ℳ für Erwerbsunfähigkeit und 10 ℳ täglich für vorübergehende Erwerbsbeschränkung je Mitglied einen Jahressatz von 25 ℳ, bei 450 Mitgliedern also 11 250 ℳ ergeben.

Aus den Bedingungen, die im einzelnen aus dem anliegenden Merkblatt zu ersehen sind, ist noch besonders hervorzuheben, daß bei schadenfreiem Verlauf der Versicherung der einzelnen Wehr 10 v. H. der gezahlten Prämie rückvergütet werden, sofern der Schadenaufwand für sämtliche auf Grund dieses Vertrages beteiligten Versicherungen 40 v. H. der gesamten bezahlten Prämien nicht übersteigt.

Der Magistrat hat eine Versicherung in der oben erwähnten Höhe für ausreichend, aber auch für erforderlich gehalten, um den Mitgliedern der Wehr, die für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und für die Sicherheit der Person und des Eigentums jeden Mitbürgers ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel zu setzen bereit sind, die notwendigen Bürgschaften für den Fall zu schaffen, daß ihnen in Ausübung ihrer Tätigkeit als Mitglied der Einwohnerwehr ein Schaden zustößt.

Von der gleichfalls noch in Frage kommenden Versicherung auf Gegenseitigkeit, die der Provinzial-Lebensversicherung angeeliedert ist, hat der Magistrat keinen Gebrauch zu machen beschlossen, weil sich dabei über die Aussaße, die sich lediglich nach den Schadenfällen bei sämtlichen Versicherungsnehmern richtet, kein bestimmter Anhalt gewinnen läßt.

Erhebung einer städtischen Schankerlaubnissteuer.

Der Magistrat unterbreitet der Stadtverordnetenversammlung eine Anlagen der Ordnung über die Erhebung einer Schankerlaubnissteuer mit der Bitte, sie genehmigen zu wollen.

Begründung: Die wohl in der Mehrzahl aller Städte bereits seit Jahren eingeführte Schankerlaubnissteuer empfiehlt sich auch für Merseburg, weil die Stadtverwaltungen bei dem voraussichtlichen Wegfall ihrer Hauptsteuerquelle, nämlich der Gemeindeeinkommensteuer, die künftig nur zugunsten des Reiches erhoben werden soll und von der die Städte nur einen jetzt noch unbestimmten Anteil erhalten sollen, darauf angewiesen sind, alle ihnen noch zur Verfügung stehenden Steuerquellen auszunutzen. Hierzu gehört auch die Schankerlaubnissteuer, die zudem noch den Anspruch erheben kann, eine gerechte Steuer zu sein, weil sie die Erlaubnis zur Erreichung eines gewinnbringenden Betriebes, die einzelnen nach Prüfung der Bedürfnisfrage erteilt wird, besteuert.

Was die Steuerordnung selbst anbelangt, so schließt sich diese in ihrem Inhalte fast durchweg an die von der Regierung herausgegebene Musterstteuerordnung an, von der sie im wesentlichen nur in 2 Punkten abweicht.

Sie besteuert nämlich nicht nur das stehende, hier in Merseburg ansässige Gastwirtsgewerbe und den stehenden Kleinhandel mit Branntwein, sondern sie zieht auch den unständigen Betrieb heran und schützt auf diese Weise die einheimische Gastwirtschaft und den einheimischen Kleinhandel mit Branntwein davor, daß vorübergehend in Merseburg eingerichtete Betriebe, wie z. B. Schankzelte, Zirkuswirtschaften usw., dem seßhaften Gewerbe gegenüber Steuerfreiheit genießen. Da bei ausländischen Unternehmen die Feststellung der Gewerbesteuerklasse zu langwierigen Feststellungen führen könnte, hat der Magistrat beschlossen, bei nichtständigen Betrieben einen Tagessatz ohne Rücksicht auf die Gewerbesteuerklasse des Unternehmers festzusetzen.

Des weiteren ist entgegen dem Regierungsentwurf eine Bestimmung des Inhaltes aufgenommen worden, daß der Betrieb für dessen Genehmigung die Steuer erhoben wird, nicht eher eröffnet oder übernommen werden darf, als die Steuer gezahlt ist. Hierdurch soll ein gewollter Eingang der Steuer herbeigeführt werden.

Die Sätze in Punkt 2 sind die kürzlich von der Stadtverordnetenversammlung in Naumburg genehmigten. Sie gelten aber nur für eine völlig neue Schankerlaubnis. Beim Übergang auf einen Nachfolger wird nur die Hälfte erhoben. Die Sätze in Punkt 2 sind folgende:

Die Steuer beträgt, wenn der Gewerbetreibende, dem die Erlaubnis erteilt ist,

a) wegen geringen Ertrages und Kapitals von der Gewerbesteuer frei ist . . . . . 600 ℳ,
b) in der vierten Gewerbesteuerklasse veranlagt ist . . . 1200 ℳ,
c) in der dritten Gewerbesteuerklasse veranlagt ist . . . 2400 ℳ,
d) in der zweiten Gewerbesteuerklasse veranlagt ist . . . 4000 ℳ,
e) in der ersten Gewerbesteuerklasse veranlagt ist . . . 6000 ℳ.

Unterhält jedoch der Steuerpflichtige neben dem steuerpflichtigen Wirtsgar- oder Kleinhandelsbetrieb noch andere Gewerbebetriebe, so ist unter Anwendung der Grundsätze des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 zu ermitteln, in welche Gewerbesteuerklasse der Wirtschafts- oder Kleinhandelsbetrieb für sich allein nach Ertrag und Anlage- und Betriebskapital gehören würde und nach der so ermittelten Steuerklasse des Unternehmens zu erheben.

Für unständige Betriebe, zu denen auch solche Schankzelte usw. hiesiger Gastwirte gehören, die außerhalb der nerchmigten Schankräume mit gewerbepolizeilicher Genehmigung vorübergehend betrieben werden, wird je Tag und Betrieb ein Satz von 20 ℳ ohne Rücksicht auf die Gewerbesteuerklasse des Unternehmens erhoben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200208-19/fragment/page=0006

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Danksagung.

Für die zu unserer silbernen Hochzeit dargebrachten Ehrungen, Glückwünsche und Geschenke sprechen wir hiermit unsern herzlichsten Dank aus.

Spergau, 3. Febr. 1920.

Oswald Großmann und Frau.

Zwangsversteigerung.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft, die in Ansehung des in Geusa belegenen, im Grundbuche von Geusa, Band VII, Blatt 236, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Handarbeiters Friedrich Klappach und dessen Ehefrau Johanne geb. Zucke zu Geusa je zur Hälfte eingetragenen Grundstücks, Gemarkung Geusa, Kartenblatt 3, Parzelle 355. 156 tc., Häuslerstelle Nr. 16 mit Hofraum von 3 ar 83 qm, 60 Mk. Nutzungswert, bezüglich beider Eheleute Klappach besteht, soll dieses Grundstück

am 27. März 1920, vormittags 9 Uhr

durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 19 — versteigert werden.

Merseburg, d. 16. Januar 1920.

Amtsgericht.

Solider Beamter sucht sofort

ein möbliertes Zimmer

Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Junger Beamter sucht vom 9. d. Mts. ab

möbl. Zimmer

Offert. unt. 333 an die Exp. d. Bl.

Groß. möbl. Zimmer

sofort gesucht. Offert. mit Preisangabe unt. 319 an die Exp. d. Bl.

Suche sofort oder später

möbliertes Zimmer.

Arthur Meyer, Spezial-Großhandlung, Lauchstedt, Parkstraße 171.

Nachruf.

Nach kurzem schweren Leiden verstarb heute

Fräulein Ella Rex

die mir seit vier Jahren eine liebe, fleißige, allzeit freundwillige Mitarbeiterin war.

Ich bedauere schmerzlich den Verlust und werde diesem braven, jungen Mädchen immer ein treues Gedenken bewahren.

Merseburg, den 6. Februar 1920.

Karl Tänzer.

Nachruf!

Unsere liebe, fleißige, lebensfrohe Kollegin

Fräulein Ella Rex

ist uns heute nach qualvollem Leiden durch den Tod entrissen worden.

Tief betrauern wir diesen Verlust und werden wir immerdar dieser freundlichen Mitarbeiterin in Liebe gedenken.

Das Personal der Firma Karl Tänzer.

Merseburg, den 6. Februar 1920.

Dank.

Für die beim Heimgang meines lieben Gatten und unseres lieben Vaters erwiesene Teilnahme sagen wir nur auf diesem Wege unseren innigsten Dank.

Frau Anna verw. Elsner nebst Angehörigen.

Gas- und Wasserpreiserhöhung.

Der Wasserpreis wird ab 1. Januar 1920 von 50 Pfg. auf 52 Pfg. je Kubikmeter, der Gasgrundpreis, zu dem jeweils noch die vom Kohlenpreise abhängigen augenblicklich 36 Pfg. betragenden Zuschläge kommen, ab 1. Februar 1920 von 40 Pfg. auf 42 Pfg. je Kubikmeter erhöht.

Merseburg, den 6. Februar 1920.

Zu VIII 25/20. Der Magistrat.

Besseres möbliertes Zimmer

für jungen Mann sofort gesucht. Landwirtsch. Konsum-Verein Merseburg.

Leere Stube zu mieten gesucht. Offerten unter 332 an die Exped. d. Bl.

Wer würde eine 2-Zimmerwohnung mit Vorraum gegen eine 3-Zimmerwohnung tauschen? Offerten unter Nr. 343 in die Expedition dieses Blattes.

Gutgehend. Restaurant

oder Landgasthof in od. bei Merseburg zu miet. gesucht. Offert. unter 331 an die Exped. d. Bl.

25000 Mark

an erste Stelle auf neu erbautes Haus gesucht. Offert. unter 335 an die Exp. d. Bl.

10–15000 Mk.

auf Land oder Grundstück von Selbstgeber auszuleihen.

Offerten unter Nr. 336 postlagernd Dürrenberg.

Ein grauer Anzug

zu verkaufen

Lauchstedter Straße 26, 3 T.

Dunkelblauer Stoff

für Kostüm oder Anzug passend zu verkaufen Hölterstraße 2.

Ein Paar getragene, noch gut erhalt. Militärstiefel (Größe 41) zu verkaufen

Grüne Straße 4, 2 Tr.

Sitz- u. Liegewagen

mit Verdeck, gut erhalten, zu kaufen gesucht oder gegen hohen Brennaborwagen zu vertauschen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Guterhaltener **Kinderwagen**

preiswert zu verkaufen

Ober-Altenburg 34.

Verkaufe

verzugshalber 14 Meter gebr. Kokosläufer (rot, 90 cm breit) sowie eine kleine Wäscherolle für Hausgebrauch, 2sitzig. Stuhlschlitten. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Herd, Topfbrett mit Tonnen, Tisch, Stühle und sonstige Sachen billig zu verkaufen. Stüker, Gefangenen-Lager (Traindepot).

Alte Bettstelle

zu verk. Breite Str. 26.

Gebr. Nähmaschine

zu verk. Zu erfr. in der Exp. d. Bl. Besicht. Sonntag von 9–12 Uhr.

Ausgabe von kondensierter Vollmilch

in der Verkaufsstelle Schubert, Burgstraße 16.

Auf die Marken der Woche vom 8. bis 14. Februar 1920 1 Pfund kondensierte gezuckerte Vollmilch (lose) zum Preise von 4,50 Mark.

Merseburg, den 7. Februar 1920.

L A II 354/20. Das städtische Lebensmittelamt.

Kleinhandelshöchstpreis für Milch.

Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 28. November 1919 — L A II 34/5 19, Stück 17 des Amtsblattes der Stadt Merseburg — werden die Höchstpreise für Milch im Kleinhandel, vorbehaltlich der Zustimmung des Herrn Oberpräsidenten, für den Bezirk der Stadt Merseburg anderweit wie folgt festgesetzt:

a) bei Lieferung durch den Merseburger Erzeuger an die Merseburger Molkerei

1. Vollmilch das Liter ab Stall . . . 1,— Mk.
2. „ frei Merseburger Molkerei 1,04 „

b) beim Verkauf molkereimäßig behandelter Milch durch Milchhändler oder Milchverkaufsstellen

1. Vollmilch das Liter . . . . . 1,36 „
2. Butter- und Magermilch das Liter . . . 0,60 „

Sämtliche Preise verstehen sich einschl. Umsatzsteuer. Die Preisänderung tritt mit dem 1. Februar 1920 in Kraft.

Merseburg, den 31. Januar 1920.

L A II 293/20. Der Magistrat.

Anmeldung von Oelkuchenschrot.

Der Stadtverwaltung sind zur Förderung der Milchversorgung größere Mengen Ölkuchenschrot in Aussicht gestellt. Die Kuhhalter haben ihren Bedarf bis spätestens Sonnabend, den 7. Februar 1920, im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer Nr. 20, anzumelden. Preise und Lieferungsbedingungen können dort eingesehen werden.

Merseburg, den 3. Februar 1920.

L A II 332/20. Der Magistrat.

Kündigung von Mietwohnungen durch Vermieter zum 1. Juli 1920 in Merseburg.

Vermieter, welche beabsichtigen, Anfang April 1920 ihren Mietern zum 1. Juli 1920 die Mietwohnung aufzukündigen, wird empfohlen, den Antrag auf Genehmigung ihrer Kündigung durch das Mietseinigungsamt bei letzterem bis spätestens zum 15. Februar d. J. einzureichen.

Später eingehende Anträge können in Anbetracht der Anhäufung der mit der Erledigung dieser Anträge verbundenen Geschäfte voraussichtlich vor dem 1. April 1920 nicht mehr rechtzeitig erledigt werden.

Merseburg, den 2. Februar 1920. M. A. 50/20.

Mietseinigungsamt der Stadt Merseburg.

Jagd-Verpachtung.

Gemäß § 21 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die Nutzung der Jagd in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk der Stadtgemeinde Merseburg, der mit Genehmigung des Bezirksausschusses zu Merseburg in einen nördlichen, etwa 968 ha großen, und einen südlichen, etwa 378 ha großen Bezirk zerlegt worden ist, auf die Dauer von 6 Jahren, beginnend mit dem 1. Juni 1920, durch öffentliches Ausgebot verpachtet werden soll.

Die Pachtbedingungen liegen bis zum 26. Februar 1920 im Zimmer 18 des Rathauses, 2 Treppen, aus.

Verpachtungstermin ist auf

Donnerstag, den 4. März 1920, vorm. 11 Uhr im Magistrats-Sitzungszimmer, Rathaus, 2 Treppen,

anberaumt.

Jeder Jagdgenosse kann gegen die Art der Verpachtung und gegen die Pachtbedingungen während der vorbezeichneten Auslegungsfrist Einspruch beim Bezirksausschuß erheben.

Merseburg, den 24. Januar 1920.

II 84/20. Der Jagdvorsteher.

Rindled. Jagdtasche

fast neu, zu verkaufen Weiße Mauer 38, Küchenbaracke.

1 gut erhaltener **Lederranzen** (für Mädchen passend) zu verkaufen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Ein Klavier

(fast neu) gegen Höchstgebot zu verkaufen. Offerten unter 344 an die Exped. d. Bl.

Eine neue Zither

mit Noten zu verkaufen

Schmale Straße 26.

Laute,

neu, umständehalber zu verkaufen Ober-Altenburg 26, 1 Tr. l.

Zement

gibt ab Bieliq, Domstr. 10.

200 kg großflüchiger **Karbid** zu verkaufen; % kg Mk. 340.— frei Merseburg. Offerten unter 337 an die Expedition d. Bl.

Hund/Foxterrier

(1½ Jahr alt) und drei neue Rucksäcke aus gutem Stoff zu verkaufen Teichstraße 31, pt.

1 Läuferschwein

zu verkaufen Neumarkt 62.

1 Hahn u. 2 Hühner

(Zwerggrasse, Preis 100 M) zu verkaufen. Semmler, Friedrichstraße 38.

Wer tauscht Lebensmittel gegen Briketts?

Angeb. unt. 345 an die Exp. d. Bl.

Gas-, Benzin-, Solaröl-Motor

kauft Bergmann, Halle a. S., Jahnstraße 2.

Rot- u. Weiß-wein-Flaschen

kauft jeden Posten

Walter Bergman, Gotthardtstraße Nr. 19.

Eine guterhaltene

Nähmaschine

zu kaufen gesucht. Preisangeb. unter 347 an die Exped. d. Bl.

Gut erh. Gehrockanzug

zu kaufen gesucht. Offert. m. Preis unter 339 an die Exped. d. Bl.

Amtliche Bekanntmachungen

für den Kreis Merseburg.

Stück 11 — Merseburg, 7. Februar — 1920

63] **Aufbringung der nach dem Friedensvertrage abzuliefernden Rinder und Ziegen.**

Die Aufbringung der der Provinz Sachsen auferlegten Rinder und Ziegen ist dem Viehhandelsverband übertragen worden. Wir haben unsererseits eine größere Anzahl Händler beauftragt, die Rinder und Ziegen für uns aufzukaufen, damit möglichst der Zwang vermieden wird und jeder Besitzer die in seiner Wirtschaft entbehrlichen und für die Ablieferung geeigneten Tiere selbst auswählen kann. Jeder von uns beauftragte Händler ist mit einem besonderen Ausweis versehen und hat beim Abschluß des Kaufes einen Schlußschein auszustellen.

Ist der Handel infolge ungenügenden Angebotes seitens der Viehbesitzer nicht in der Lage, die geforderte Anzahl zu beschaffen, muß zur Zwangsenteignung geschritten werden. Den Besitzern, welche freiwillig Tiere verkauft haben, werden dann die Verkäufe bei der Zwangsumlage angerechnet.

Viehhandelsverband der Provinz Sachsen.
gez. Kleefeld.

64] **Anordnung**

betreffend das Verbot der Ausfuhr von Ziegen und Ziegenböcken im lebenden oder geschlachteten Zustande.

Auf Grund des § 9 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 (R.G.Bl. S. 1530) sowie der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages vom 2. Dezember 1919 und der hierzu erlassenen Preußischen Ausführungsanweisung vom 6. Dezember 1919 wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Jede Ausfuhr von Ziegen und Ziegenböcken im lebenden oder geschlachteten Zustande aus der Provinz Sachsen ist bis auf weiteres verboten.

§ 2.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 200 000 ℳ oder mit einer dieser Strafen bestraft. (§ 11 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 R.G.Bl. S. 1530.)

Magdeburg, den 12. Januar 1920.

Der Oberpräsident.
In Vertretung: Breyer.

65] **Anordnung**

betreffend die Einschränkung des Handelsverkehrs mit Zucht-, Nutz- und Magervieh.

Auf Grund des § 9 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 (R.G.Bl. S. 1530) sowie der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages vom 2. Dezember 1919 und der hierzu erlassenen Preußischen Ausführungsanweisung vom 6. Dezember 1919 wird folgendes angeordnet:

§ 1. Diese Anordnung bezieht sich auf Rindvieh, Schafe und Ziegen, dagegen nicht auf Schweine.

§ 2. Vom heutigen Tage an ist der Handel sowie jeglicher An- und Verkauf von Zucht-, Nutz- und Magervieh innerhalb der Provinz Sachsen verboten. Unter dieses Verbot fällt auch die Abhaltung von Auktionen, Tausch sowie jeder Besitzwechsel.

§ 3. Ausgenommen von dem Verbot ist nur der Ankauf von Tieren zur Ablieferung an den Feindbund durch die amtlich bestellten Kommissionen sowie durch die zu diesem Zweck mit besonderen Ausweiskarten versehenen Händler.

§ 4. Jede Ausfuhr von Zucht-, Nutz- und Magervieh aus der Provinz ist vom heutigen Tage an verboten.

§ 5. Vorstehende Beschränkungen werden aufgehoben werden, sobald der Stand der Lieferungen an die Feinde sie entbehrlich erscheinen läßt.

§ 6. In besonderen Einzelfällen kann der An- und Verkauf von Zucht-, Nutz- und Magervieh ausnahmsweise durch die Provinzialfleischstelle gestattet werden.

§ 7. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 200 000 ℳ oder mit einer dieser Strafen bestraft (§ 11 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 R.G.Bl. S. 1530).

Magdeburg, den 12. Januar 1920.

Der Oberpräsident.
In Vertretung: Breyer.

66] **Nachkörung von Zuchtstieren.**

Auf Grund des § 4 der Polizeiverordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 31. Januar 1912 betr. die Bullenkörung in der Provinz Sachsen — Amtsblatt Seite 67 — werden die Nachkörungstermine hierdurch wie folgt festgesetzt:

Montag den 16. Februar d. Js.

in den Ortschaften: Schafstädt, Niederclobicau, Kötzschen, Rössen, Trebnitz, Creypau, Zöschen, Wegwitz, Wetzmar, Röglitz und Zweimen.

Dienstag den 17. Februar d. Js.

in den Ortschaften: Schladebach, Kauern, Michlitz, Rahna und Zitzschen.

Die Besitzer von Zuchtstieren ersuche ich, die von ihnen angemeldeten Tiere der Körkommission vorzuführen.

Da die gekörten Stiere mit einem Brandzeichen versehen werden müssen, so ist ihnen ein Nasenring und eine Augenblende anzulegen.

Bullen, bei denen Nasenring und Augenblende fehlen, werden nicht angekört.

Von den reinrassigen Bullen sind die Abstammungsnachweise im Nachkörungstermine vorzulegen.

Die Bullen sind in den einzelnen Gemeinden an der Schmiede vorzuführen.

Ort und Zeit der Nachkörung ist aus der folgenden Nachweisung zu ersehen.

Die Herren Gemeindevorsteher ersuche ich, diese Bekanntmachung noch besonders in ihrer Gemeinde zu veröffentlichen.

Merseburg, den 4. Februar 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Ort an dem die Körung vorgenommen wird	Tag der Vorführung	Stunde der Vorführung	Bemerkungen.
Schafstädt	16. Febr.	9	
Niederclobikau	„	10	
Kötzschen	„	11	
Rössen	„	11½	
Trebnitz	„	12½	
Creypau	„	1	
Zöschen	„	2	
Wegwitz	„	2½	
Wetzmar	„	3	
Röglitz	„	4	
Zweimen	„	5	
Schladebach	17. Febr.	9	
Kauern	„	10	
Michlitz	„	11	
Rahna	„	12	
Zitzschen	„	1	

67] **Wochenfettmenge.**

In der Woche vom 8. bis 14. Februar 1920 kommen für Merseburg-Land folgende Fettmengen zur Verteilung:

auf gewöhnliche Fettmarken **100 Gramm,**
auf Zusatzfettmarken **50 Gramm.**

Merseburg, den 6. Februar 1920.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200208-19/fragment/page=0007

Gut erhaltener Kinder-Sportwagen mit Verdeck aus besser. Hause zu kauf. gesucht. Schriftl. unt. 346 an die Exp. d. Bl.

Zu kaufen gesucht:
Gutenaltener Gehrock-Anzug
für unterjetzte Figur. Offerten unter 338 an die Exp. d. Bl.

Ausgekämmte
Haare
kauft laufend zu höchsten Preisen
Otto Stiebritz
Gotthardtstraße 32.

Spiralbohrer
gegen Kasse
zu kaufen gesucht.
Otto Knorr, Halle-Saale,
Schillerstraße 35.

Frühe edle
Weinstöcke
Hochstämmige, niedrige und
Schlingrosen
in vielen schönen Sorten
Stachel- u. Johannisbeerbüsche
Rhabarberstauden
Zwergobst-Birnen
empfiehlt
Otto Wittenbecher
Neumarktstor 1.

Hand-Leiter-Wagen u. Räder
in verschiedenen Größen.
A. Veidt, Schmiedemstr.
Halle a. S., Raffineriestr. 2.

Metall- u. Kautschuk-
Stempel
liefert
Heinrich Heßler
Merseburg
Kirchstr. Nr. 7

Spezial-Haus für
Tabak-Klein-Zucht
in Godesberg a. Rhein.
Tabak-Samen, -Pflanzen, -Beize, -Schneider; Zig.-Hülsen, -Papier, -Maschinchen, Wickel-Formen usw. Tabak, Zigarren, Zigaretten, Kautabak i. kl. Mengen zu Fabrikpreis. Katalog kostenlos!

Zu haben: Neumarkt-Drog., Neumarkt 12; Kaiser-Drog., Roßmarkt 5; Central-Drog., Markt 17; Gotthardt-Drog., Hermann Emanuel.

Stellen-Angebote Gesuche
finden die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent"

148 Auktion in der städt. Pfandleih-Anstalt
Mittwoch, den 18. Februar 1920, vorm. 9 Uhr.
Zur Versteigerung kommen die nicht eingelösten Pfänder Nr. 8371—8785, bestehend in Kleidern, Wäsche und anderen Gegenständen.
Die Pfänder können noch bis Dienstag, den 17. Febr., mittags 12 Uhr, eingelöst oder erneuert werden. Etwaige Ueberschüsse werden innerhalb Jahresfrist in der Sämmerekasse ausgezahlt. Der Verwaltungsrat.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen hat noch einen weiteren Transport von
ca. 30 Stück Zugochsen
erhalten. Der Verkauf der Tiere findet
am Dienstag, den 10. Februar d. Js., vormittags 12 Uhr in Halle a. S., städtischer Schlachtviehhof
statt. Die Abnahme erfolgt auf dem Wege der öffentlichen Versteigerung gegen Barzahlung nur an Landwirte der Provinz Sachsen, die sich als solche durch eine Bescheinigung des Amtsvorstehers ausweisen können.

Freitag, den 13. Februar, findet 1/2 10 Uhr vormittags auf dem scharfen Baum bei Bergwitz (Bahnstrecke Bitterfeld-Berlin) der
Verkauf von zirka 630 Stück schlagbaren Kiefern
statt. Es ist zum Teil 80jähriger Bestand. Das Holz wird evtl. in kleineren Losen oder auch im Ganzen an den Meistbietenden verkauft. Versammlung der Bieter im Gutshause auf dem scharfen Baum. Der Besitzer.

Frisch eingetroffen:
Weiß- und Rotkohl
Wirsing — Kohlrüben
Meerrettich — Porree
Bier-Rettiche
Apfelsinen und Zitronen
Gemüsebau Rischmühle.

Die Hilfe
Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst
Begründer D. Friedrich Naumann.
Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer

Probeheft kostenfrei. Vierteljahrespreis 5 Mark.
Verlag der „Hilfe". Berlin NW. 40.

Alle Sorten
Felle
kauft zu höchsten Preisen
Frau Irmisch
Johannisstrasse 16

Weit besser und billiger als Gummi sind meine bestbewährten
Spiralleder-Strumpfbänder!
Verkauf Kleine Sixtitraße 16.

Asthma
kann geheilt werden. Sprechstunden in Halle, Magdeburgerstraße 60, 2 Tr., jeden Sonnabend von 10—1 Uhr.
Dr. med. Alberts,
Spezialarzt, Berlin SW 11.

Empfehle
prima
Roßhaarbesen u. Handfeger, dauerhafte Kleider-, Schuh- und Scheuerbürsten, Schrubber Friseurkämme zu billigsten Preisen
Annenstraße 111
Sixtiberg 81

Gegen Katarrhe
EMS
Emser Wasser

Frauen
Versuchen Sie
Mensalia Tropfen extrastark
Preis M. 12,—. In hartnäckigen Fällen Sortiment Mensalia (Tropfen extrastark, Pulver und Tee) Preis M. 18,— Nachn. Porto extra. Prospekt B gratis
Laboratorium Kosmetikum, Berlin-Friedenau D 21.

Gummiwaren
Mutter-Spritzen, Frauen-Tropfen
sanitäre Frauenartikel
Anfrag. erbt. Versandhaus Heusinger Dresden 240. Am See 3.

Fuhren
aller Art werden angenommen. Max Weber, Breite Straße 20.

Kohlenfuhren
werden ausgeführt
Blumenthalstraße 7.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Dürrenberg
Konditorei Café Ortel
Jed. Sonnabend 8—11 Uhr
Sonntag 4—7 Uhr
Künstler-Musik.

Dienstmädchen erhält,
wer die Unstrut-Zeitung, Laucha, zur Insertion benutzt

Mandolinen-B. M.
erteilt ab 11. Februar 1920
Mandolinen-Unterricht
für Herren u. Damen. Anmeld. unt. W Sch Lauchstedter Str 13 u. Bereinslok Reil, Hohenzollern

Wer erteilt
einem jungen Mädchen
Klavier-Unterricht?
Gefl. Off. unt. 340 a. d. Exp. d. Bl.

Wer lernt
jungem strebsamen Kaufmann in kurzer Zeit
Stolze-Schrey?
Offert. unt. 334 an die Exp. d. Bl.

Wer erteilt
abends jungem Manne Unterricht i. d. gesamt. Mathematik?
Gefl. Angebote mit Preisangabe unter 307 an die Exp. d. Bl. erb.

Wer nimmt
2 Knaben von 8 u. 9 Jahren in gute Pflege? Offerten mit Preis unter 341 an die Exp. d. Bl.

Kriegswitwe sucht Beschäftigung.
Offert. unt. 342 an die Exp. d. Bl.

Ein Herr,
welcher Händler, Hausierer rc. anstellen kann, an
jedem Ort
sofort gesucht. Jede Familie Käufer. 1000 Mk. für kleines Lager erforderlich.
Problem-Fabrikation A. Urland & Co., Leipzig, Querstraße 26/28.

Zimmerleute u. einige Tischler
werden eingestellt
Zimmerplatz Gasanstalt.

Zuschneide-Kursus
Nächste Zuschneide- und Nähkurse beginnen am 9. u. 16. Februar u. 1. März 1920 u. müssen Anmeldungen vorher erfolgen. —
Thieles Zuschneide-Schule Merseburg
Grüne Straße 2 (Eingang: Treppe Burg- und Domstraße)

Tanzschule Hünicke-Hölzer
Nächste Woche findet unser Unterricht
Mittwoch 7 Uhr für die Abendabteilung
Donnerstag 8 Uhr für moderne Tänze (Ehepaare, Anfänger)
statt.
Alle Kurse im Casino.

Im Pferde-Verkaufsdepot
Berlin, i. Bahnhof Zoolog. Garten, Stall Nr. 12
treffen beständig große Transporte mittlerer und schwerer Arbeitspferde aus den belegten Gebieten wegen Futtermangel ein u. stehen sehr preiswert zum sofortigen Verkauf. Verladung wird besorgt.

Preiskrönntes Lehrbuch der Landwirtschaft
von K. Schlipf, 597 Seiten mit 850 Abbild. M. 17.80. Großes Ill. Landwirtschaftslexikon 2 Bde. 120 S. mit 1270 Abbild. 80.65. Naturwissenschaft des Landwirts (Unentbehrliche Ergänzung zu jedem Lehrbuch der Landwirtschaft 13.50. Landwirtschaftl. Sinnbuch 10.80. Die Schule des Landwirts 20. Brennereilexikon 51.85. Brennereilexikon 54.75. Landwirtschaftl. Buchführung 5.50. Die Selbstverforgung der Landfrau 2.65. Landwirtschaftliche Haushaltungskunde 7.20. Kochbuch 6. Kartoffelküche 2.20. Magermilchkäserei 2.25. Hauschlachtung 3. Der Hausteerarzt 5. Das gesunde und kranke Haustier 15.85. Landw. Hauslierheilkunde 22.80. Der Veterinärgehilfe 4.40. Tierzuchtlehre 7. Rindviehzucht 33.30. Fütterungslehre 4.50. Pferdezucht 34.60. Geheimnisse der Pferdehändler 4.95. Behandlung des Pferdes 5.05. Pferdefütterung 1.80. Pferdekolik 4.40. Schweinezucht 6.50. Schweinefütterung 2.60. Schweinehaltung und Ernährung 5.50. Schafzucht 6.50. Hundebuch 4. Der Viehstall 6.50. Dreschmaschinen 17.20. Motorpflüge 12.10. Unkrautbekämpfung 2.50. Düngerlehre 5.25. Umwälzung von Fruchtfolgen 14.40. Ertragl. Feldgemüsebau 5.05. Tabakbau 6.50. Kaninchenzucht 4.40. Ziegenzucht 4.40. Geflügelzucht 5.50. Hühnerzucht 3. Entenzucht 2.40. Gänsezucht 2.40. Taubenzucht 2.20. Nutz- und Sportgeflügelzucht 11.70. Truf- und Perlhühner 2.20. Bienenzucht 5. Obst- und Beerenweine 8.10. Böttners Gartenbuch für Anfänger 12. Großes Gärtnerbuch 40. Prakt. Gartenbuch 9. Schnittblumengärtnerei 28.80. Kulturpraxis d. Kalt- u. Warmhauspflanzen 20.15. Die Beredelungen 10.80. Gartenkunst 8.50. Der Hausgarten 3. Der Zimmergärtner 2.20. Obstbau 15. Das Buschobst 3.60. Praktische Erdbeerkultur 4.20. Das Obst- und Gemüsegut 4.20. Einträgl. Gemüsebau 11.55. Gemüsesamenbau 5.30. Praktische Gemüsegärtnerei 9.60. 6000 Rezepte zu Handarbeiten 16. Richtig Deutsch 8. Mit oder Milch? 2. Rechtschreibung Duden 10.20. Taschenbuch des allgem. Wissens 6.60. Gedichtsammlung 7.50. Anstandsbuch 4. Aufsatzschule 9. Fremdwörterbuch 9. Rechtsformularbuch 8. Englisch 8. Französisch 8. Spanisch 8. Polnisch 8. Russisch 8. Böhmisch 8. Buchführung 8. Bankwesen 9. Geschäfts- und Privatbriefsteller 8. Schönschreibschule 5. Guter Ton und feine Sitte 8. Mod. Tanzlehrbuch 1920 4.50. Klavieralbum dazu 13.35. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3.60. Umsturzver- und Notgesetz 6. Bürgerl. Gesetzbuch 6.60. Handelsgesetzbuch 5. Strafgesetzbuch 3. Nur direkt gegen Nachnahme L. Schwarz & Co., Berlin DS 14, Annenstraße 24.

Anzeigen
erzielen den
größten Erfolg
in dem am meisten gelesenen
„Merseburger Korrespondent"

Pa. Strickgarn
reine Schafwolle, in schwarz und grau
H. Taitza, Neumarkt.
Telephon Nr. 332.

Tüchtige Tischler
für fournierte Möbel stellt bei höchstem Lohn ein
Hugo Schwimmer, Neumarkt 22.

Lehrling
mit guter Schulbildung für unser Büro in Halle zum 1. April 1920 gegen Vergütung gesucht. Angebote mit Lebenslauf unter U H 2703 an Rudolf Mosse, Halle erbeten.

Steinsetzer
stellt sofort ein
Bernh. Löther, Sand 13.

Buchhalter
der Geschäftsmann bei Führung der Bücher (möchentl. 1 Abend) mit hilft, gesucht. Offert. unter 330 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Maurer und Zimmerer
stellt ein
Albin Neumann
Bahnbau Rössen.

1 Schneidergehilfen
sucht Karl Gröbel, Naumburg a. S., Steinweg 18.

Fleischer-Lehrling
zu Ostern gesucht.
P. Wiehe, Fleischermeister, Obere Burgstraße 1.

Einen Schmiedelehrling
stellt Ostern ein
Ferd. Engel, Hälleistraße 6.

Suche für meine Kolonialwaren- u. Samenhandlung einen
Lehrling
unter günstigen Bedingungen
Carl Eisner, Merseburg, Markt

Wir suchen für unsere Hauptverwaltung in Großkayna eine geschulte
Telephonistin,
die mögl. echt mit dem Glühklappenschranksystem Siemens-Halske vertraut ist. Schriftliche Bewerbung erbeten.
Gewerkschaft Michel.

Junges Mädchen
für Botengänge und Kontorarbeiten gesucht.
Schriftliche Angebote erbeten.
B. A. Blankenburg.

Jüngere Zuarbeiterin
zum 15. d. M. oder 1. März gesucht. J. Hagen, Putz, Entenplan 9.

Mädchen oder Frau
zum Zeitungenaustragen auf dem Leuna-Werke gesucht. Zu melden in der Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Eine perfekte
Anlegerin
sucht sofort Buchdruckerei Th. Hattenroth & Sohn.

Tücht. Waschfrau
für alle 3 Wochen gesucht. Vorstellung täglich von 10—12 Uhr vormittags.
Frl. Nette, Gartenstadt Skopau.

Frauen zum Reinemachen
für nachmittags gesucht. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Aeltere Frau
zur Führung der Wirtschaft für den ganzen Tag gesucht. Antritt sofort.
Offerten unter 321 an die Exped. d. Bl.

Suche zum 1. März ein ordentliches, sauberes
Dienstmädchen
bei gutem Lohn.
Selma Bergmann, Gotthardtstraße Nr. 19.

Suche zum 1. April ein zuverlässiges Mädchen.
Geheimrat Werde, Halleische Straße Nr. 29.

Wegen Verheiratung des jetzigen suche ich zum 1. April ein zuverlässiges
Mädchen.
A. Fuß, Gotthardtstraße 46.

Aufwartung
gesucht
Unter-Altenburg 25, 1 Tr.

Grünes Portemonnaie
am Mittwoch abend von Stadtkirche bis Neumarkt verloren. Da Andenken, bitte gegen gute Belohn. abzug. i. d. Exp. d. Bl.

E. R. 200.
Herr, welchem Unfall zugestoßen, dadurch Donnerstag abend 8 Uhr nicht kommen konnte, bittet werte Dame um Lebenszeichen!

Hermann Schladitz
Uhrmacher
Großes Lager moderner Uhren
Zeitgemäße Schmucks
Bestecke
Optische Artikel
Kl. Ritterstr. 11
Fernsprecher 472

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200208-19/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich 2,10 Mk. Vierteljährlich 6,30 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6,90 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Landboten 6,60 Mk. frei Haus. Einzelnummer 15 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 20 Pfg., im Reklameteil 60 Pfg., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Postscheckkonto: Leipzig 39070. :—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 33 — Sonntag, den 8. Februar 1920 — 46. Jahrg.

Zur europäischen Wirtschaftskrise.

Die Absicht der Entente, wie sie die Auslieferungsforderung wieder mit erschreckender Deutlichkeit vor Augen führt, aus Deutschland ungeheure Summen herauszupressen und gleichzeitig unversöhnliche Rache an ihm zu nehmen, ist undurchführbar. Bald wird man sich auch im Lager unserer Gegner keinen Illusionen mehr darüber hingeben können, daß eine Fortführung der Politik von Versailles gegenüber Deutschland auf die Dauer unmöglich werden muß. Der Versailler Vertrag bedeutet für den überwiegenden Teil unserer Gegner eine Fessel, die sie in wirtschaftlicher Beziehung eng an das Schicksal Deutschlands bindet. Je größer die Belastung ist, die übermütige Sieger den geschwächten Schultern des Unterlegenen aufbürden, desto tiefer wird sie ihn drücken, bis er eines Tages völlig darunter zusammenbricht, in seinem Sturze mit sich reißend, was auf ihm ruht. So geht Europa einer Katastrophe entgegen, wenn es nicht rechtzeitig gelingt, die einzelnen Völker zu gegenseitiger Verständigung und Anerkennung ihrer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten zu bewegen. Auch wenn Deutschland den Versuch macht, die Kraft, die es von außen nicht erwarten kann, in sich selbst zu finden, um durch angestrengte Arbeit und größte Sparsamkeit wieder hochzukommen, wird all seine Mühe zunächst immer eine beliebig zu keinen Ungunsten verrückbare Grenze finden in dem Frieden von Versailles, der entgegen Wilsons Versprechungen nicht einen Verständigungsfrieden, sondern, wie er kürzlich mit Recht genannt wurde, eine unheilvolle Vermischung von Vernichtungs- und Ausbeutungsfrieden darstellt. Das Vertragsinstrument von Versailles stellt wirtschaftliche Ansprüche an Deutschland, die nach sachverständigem Urteil von einem durch einen fünfjährigen Krieg mitgenommenen und durch Gebietsabtretungen verkleinerten Lande nicht erfüllt werden können.

Diese Erkenntnis hat sich leider in den Köpfen der führenden Politiker der Entente noch nicht durchgerungen. Aber es mehren sich in ihrem Lager die Stimmen der Vernunft, wenn sie auch meistens vorläufig nur von einzelnen klarsehenden Wirtschaftspolitikern oder Pressorganen ausgehen. So hat zum Beispiel laut „Frankfurter Zeitung" der jetzt zurücktretende amerikanische Schatzsekretär Glaß dem Präsidenten der New Yorker Handelskammer gegenüber sochen in längeren Ausführungen zu dem Valuta-Problem Stellung genommen. Eine interessante Stelle seines Schreibens besagt: „Es gibt für die Alliierten keine logischere und praktischere Möglichkeit, ihren eigenen Wiederaufbau zu ermöglichen, als ihre Entschädigungsansprüche gegenüber Deutschland festzulegen durch Verkürzung ihrer Forderungen auf einen bestimmten Betrag, den Deutschland vernünftigerweise zahlen kann, und für Deutschland Schuldverschreibungen auf diesen Betrag auszugeben. Dieses Anwachsen von Deutschlands Fähigkeit, zu zahlen, wird Vertrauen in die Welt zurückbringen und Handel und Wandel in der Welt verbessern. Die Aufrechterhaltung von Forderungen, die nicht bezahlt werden können, erzeugt Unwillen und erzielt keine vernünftigen Folgen." Hält man neben diese Mitteilung eine Stimme aus England, so kann man den Eindruck gewinnen, daß allmählich bei der Regelung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Völker die Vernunft wieder mitzusprechen beginnt. Der finanzielle Berater der britischen Regierung, Sir George Paish, Herausgeber der bekannten wirtschaftlichen Zeitschrift „The Statist" schreibt Mitte Dezember: „Es sei nutzlos, auf die ersten Zahlungen Deutschlands an Frankreich und Italien zu warten, denn vor einem Jahre können sie nicht erfolgen. Lasse man Deutschland zugrunde gehen, so würde sich die Erschütterung auf Frankreich, Italien, ja sogar auf England übertragen und auch diese Staaten vernichten. Wolle man Frankreich wiederherstellen, so müsse Deutschland zunächst wiederhergestellt werden. Ohne Rohstoffe für seine Fabriken und ohne Lebensmittel für seine Bevölkerung könne es eine Wiedergutmachung nicht leisten." Nach einer Amsterdamer Meldung vom 2. d. Mts. hielt ferner der britische Handelsminister, Sir Auckland Geddes vor der Handelskammer von Plymouth eine Rede, in der er sagte, die große Lehre des Krieges für den Kaufmann sei, daß die Völker von einander abhängen und nicht unabhängig seien. Solange Europa nicht auf die Beine gesetzt sei, könne in Handel und Industrie keine Stabilität erwartet werden. Geddes warnte die Zuhörer vor dem Haß und dem Neid gegen andere Völker. Eine ähnliche Meldung bringen die jüngsten Nachrichten aus Belgien. Die Brüsseler Handelskammer trat vor einiger Zeit zu einer Sitzung zusammen. Der Präsident verlas ein Schreiben des Ministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, in dem mitgeteilt wurde, daß die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland entschieden, und alle bisher in Belgien angeordneten Beschränkungen aufgehoben seien. Dieser Schritt wurde von den Mitgliedern der Handelskammer lebhaft begrüßt. Der Haß sei während des Krieges notwendig, aber im Frieden müsse er verschwinden! Die liberale „Westminster Gazett" behauptet, daß der englische Ministerpräsident, Lloyd George, nicht nur in seiner Haltung Rußland gegenüber, sondern auch Deutschland gegenüber anderer Ansicht geworden sei. Lloyd George soll sogar geneigt sein, die von Deutschland verlangten Leistungen zu ermäßigen. Das Zustandekommen des holländisch-deutschen Kreditabkommens wird von niederländischer Seite mit Recht ein Schritt vorwärts zum Endziel, nämlich zu der internationalen Regelung der gesamten Weltkreditfrage, bezeichnet.

Allenthalben beginnt man also, einzusehen, daß es keinen Zweck hat, mit Deutschland zu umzugehen, wie mit der Henne, die die goldenen Eier legen sollte, die aber vorher geschlachtet wurde. Auch in Frankreich dürfte die furchtbare Erschütterung, welche die Markvaluta und in ihrem Gefolge auch die Francvaluta in den letzten Wochen durchgemacht hat, manchem die Augen geöffnet haben. Frankreich, das gerade der treibende Faktor in der Wiedergutmachungsfrage ist, muß sich allmählich darüber klar werden, daß sich die Wiedergutmachungsforderungen nur dann in die Praxis umsetzen lassen, wenn man die Leistungsfähigkeit Deutschlands wiederherstellt. Der Franzose Jonnart ist zum Präsidenten der Wiedergutmachungskommission ernannt worden. Davon, wie er und seine Mitarbeiter aus den anderen Ententestaaten ihr Amt führen werden, wird viel für die weitere Entwickelung der wirtschaftlichen Zukunft Europas abhängen.

Neueste Nachrichten.

Frankreich droht scharfe Repressalien bei Nichterfüllung des Friedensvertrages an.

Paris, 7. Febr. (Priv.-Telegr.) In seiner Kammerrede sagte der Ministerpräsident Millerand: Deutschland müsse 27 Millionen Tonnen Kohlen jährlich liefern. Die Deutschen verbrauchten mehr Kohlen als die Franzosen. (Wie groß mag dann erst die Kohlennot in Frankreich sein und wie groß die Raubsucht Frankreichs? D. Red.) Das sei eine Lage, die er nicht annehmen könne. Der Ministerpräsident besprach alsdann die Mittel, über die man verfüge, und die im Friedensvertrag vorgesehen seien, um von Deutschland die Ausführung der Friedensvertragsklausel zu verlangen. Er verlas den Artikel 429 des Friedensvertrags und sagte: „Ich habe also die Absicht, Deutschland zu benachrichtigen, daß im Falle offenbarer Nichtausführung einer seiner Verpflichtungen die im Artikel 429 vorgesehene Frist für ausgehoben erklärt wird und nicht mehr läuft." Der Ministerpräsident verlas auch das Kohlenabkommen und sagte: „Falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, werde man zu wirtschaftlichen und finanziellen Repressalien und alle andere nützlich erscheinenden Maßnahmen ergreifen, ohne daß Deutschland das Recht habe, sie als eine feindselige Aktion zu betrachten. Millerand fuhr wörtlich fort: „Ich beabsichtige also, wenn der Augenblick gekommen ist, mich aller Maßnahmen zu bedienen, die der Friedensvertrag mir an die Hand gibt. Ich erkläre von der Tribüne herab, ohne drohen zu wollen, und nur deshalb, damit die Frage sehr klar und wohl verstanden wird: daß wir beabsichtigen, von Deutschland nichts zu verlangen, was es uns auf Grund des Friedensvertrags nicht schuldig ist, daß wir aber Alles verlangen werden, was es uns schuldet. Um dieses zu erzielen, werden wir alle Maßnahmen treffen, die der Vertrag uns an die Hand gibt."

Noch keine Überreichung der Note.

Berlin, 7. Febr. (T.-U.) In der Auslieferungsangelegenheit ist bisher eine Überreichung der Note und der Liste an die deutsche Regierung nicht erfolgt. Wie die Neue Berl. Zeitung berichtet, scheinen dem französischen Geschäftsträger Bedenken gekommen zu sein, die Überreichung der Note vorzunehmen. Nach einer anderen Version soll der englische Geschäftsträger darauf bestehen, die Note zu überreichen. Die Regierung wird ihre Entscheidung erst in der nächsten Woche treffen, nachdem sie mit den sämtlichen Parteiführern Rücksprache genommen hat. Trotzdem Deutschland dem Völkerbund noch nicht angehört, könnte die Auslieferungsfrage vor ein Völkerbundsschiedsgericht gebracht werden.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Prag, 7. Febr. (T.-U.) Das Plebiszit in Teschen und in Oberschlesien wird wahrscheinlich am 4. März d. J. durchgeführt werden.

Besprechungen in Berlin.

Berlin, 7. Febr. (T.-U.) Der Reichskanzler hat für heute nachmittag 4 Uhr den Interfraktionellen Ausschuß einberufen. Um 6 Uhr werden dann die Fraktionsführer zur Besprechung zusammenkommen. Inzwischen finden Vorbesprechungen innerhalb der einzelnen Parteien statt.

Die Ubootkommandanten auf der Auslieferungsliste.

Berlin, 7. Febr. (T.-U.) Die Admiralität hat, der Neuen Berliner Zeitung zufolge, den die Marine betreffenden Teil der inoffiziellen Auslieferungsliste bereits vollkommen durchgearbeitet, so daß mitgeteilt werden kann, daß 29 Ubootkommandanten, darunter 11 Ritter des Ordens „Pour le merite", ausgeliefert werden sollen. Sämtliche Marineoffiziere werden von England angefordert mit Ausnahme von 8 Ubootkommandanten, deren Auslieferung Italien verlangt.

Protestkundgebungen gegen das Auslieferungsverlangen.

Berlin, 7. Febr. (Priv.-Telegr.) Dem flammenden Protest der Berliner Universität gegen die Auslieferung deutscher Bürger an die Entente haben sich die übrigen Berliner Hochschulen, die Technische Hochschule, Tierärztliche Hochschule und Landwirtschaftliche Hochschule einmütig angeschlossen.

Hannover, 7. Febr. (T.-U.) Gegen die Auslieferung deutscher Bürger an die Entente haben hier Massenkundgebungen eingesetzt, die sich über die ganze Provinz ausdehnen sollen. In Versammlungen und Vereinen wird erklärt, man würde Hindenburg auf keinen Fall hergeben.

Kein schweizerischer Gerichtshof für die Auslieferung.

Zürich, 7. Febr. (T.-U.) Gegenüber einer Berliner Meldung, wonach die Schweiz sich bereit erklärt habe, für die Auslieferungsfrage einen neutralen Gerichtshof zu bilden, ist die Nationalzeitung zu einem scharfen Dementi ermächtigt. Sie kann mit aller Bestimmtheit erklären, daß an der Behauptung kein wahres Wort ist.

Ein Eisenbahnunglück bei Frankleben.

Merseburg, 7. Febr., 3 Uhr nachmittags. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich heute nachmittag auf der Strecke Merseburg-Münchein. Zwischen den Stationen Frankleben und Niederbaum fuhr ein Güterzug auf den um 12,58 Uhr von Merseburg nach München fahrenden Personenzug, der um 1,10 Uhr von Niederbaum abfährt. Wie wir hören, sind der Lokomotivführer und der Zugführer des Personenzuges schwer verletzt. Der Sachschaden ist ein erheblicher. Einzelheiten konnten wir bis zur Drucklegung der Zeitung noch nicht erfahren, auch nicht bei der Eisenbahn auf telephonische Anfrage.

Nach dem Frieden.

Weitere Auslieferungsverlangen in Aussicht.

Berlin, 7. Febr. Wie der „L.-A." hört, ist Freiherr v. Lersner, der gestern vormittag in Berlin eingetroffen ist, zu Nachmittag nach dem Auswärtigen Amt gebeten worden, um über die Vorgänge in Paris und seine Handlungsweise Vortrag zu halten. Im Anschluß daran finden Beratungen statt, wie die Geschäfte in Paris weitergeführt werden sollen.

Mit der vorliegenden Auslieferungsliste ist, wie der „L.-A." mitteilt, die Forderung der Entente noch nicht beendet. Die alliierten Mächte haben in dem Freiherrn v. Lersner übergebenen und von diesem wieder zurückgesandten Note ausdrücklich erklärt, daß weitere Auslieferungen sich ergeben würden, wenn einmal erst das Verfahren gegen die 900 Deutschen eingeleitet sei.

Die Zwangsmaßnahmen der Entente.

Kopenhagen, 7. Febr. Nach einem Bericht der „Berlingske Tidende" aus Paris wird erzählt, daß man dort Verwicklungen, die niemand wünschen könne, wohl voraussehe, trotzdem aber an der Durchführung der Friedensbestimmungen glaube festhalten zu müssen. In parlamentarischen Kreisen ist man sich darüber klar, daß man Zwangsmaßnahmen anwenden müsse, da es für die Entente unmöglich sei, zurückzuweichen oder die Entscheidung auszusetzen. Der Friedenszustand ließe zwar militärische Maßnahmen nicht zu und wirtschaftliche Druckmittel seien bereits aus Anlaß der Kohlenfrage nötig geworden. In der Auslieferungsangelegenheit werde man Deutschland vermutlich dadurch zu zwingen suchen, daß man ihm in den besetzten Gebieten die staatlichen Rechte entziehen wolle, die ihm noch geblieben sind.

Basel, 7. Febr. Der „Petit Parisien" meldet, das Begleitschreiben weise darauf hin, daß Deutschland bei Nichtannahme der Vertragsbestimmungen sich zum wenigsten dem Risiko aussehe, daß die rheinisch-westfälischen Provinzen besetzt werden; es sollen aber auch andere Maßnahmen vorgesehen sein.

Aus Paris wird weiter gemeldet: In Paris wartet man auf die Entscheidung, die nur von Berlin kommen kann. Diese Entscheidung dürfte aber schon gefallen sein, und zwar in London und Washington. Die englischen Blätter scheinen unnachgiebig zu sein, schweigen sich aber aus über die Mittel, die Durchführung des Friedensvertrags zu erzwingen. Die „Evening News" sagen, es gebe nur ein Mittel, die Gewalt. Die „Pall Mall Gazette" ist der Ansicht, daß der Sieg keine Farce werden dürfe. Die „Westminster Gazette" dagegen schreibt, daß man von einem zivilisierten Staate, der eine nationale Geschichte habe, nicht verlangen könne, seine berühmtesten Heerführer einem Gerichtshof auszuliefern, der es in der Hand habe, sie zu erschießen. Der Pariser „Eclair" meint, Frankreich könne die gänzliche Entwaffnung Deutschlands erzwingen, und die Gelegenheit dazu werde man sich nicht entgehen lassen.

Holland soll auch den Kronprinzen ausliefern.

Der Sonderkorrespondent des „Matin" meldet, die Alliierten werden in allernächster Zeit eine Note an die holländische Regierung richten, in der sie auch die Auslieferung des deutschen Kronprinzen fordern.

Italien sucht einen Ausgleich.

Von informierter italienischer Seite in Wien wird erklärt, Italien könnte in der Auslieferungsfrage keinen anderen Standpunkt einnehmen als die übrigen Mitglieder der Entente, da es an den Friedensvertrag gebunden sei. In Italien ist man jedoch der Meinung, daß ein Ausweg gefunden werden müsse. Italien werde nichts unversucht lassen, in Paris auf die schwerwiegenden Folgen des Beharrens auf der Auslieferung aufmerksam zu machen und vermittelnd einzugreifen.

England zur Auslieferung des Kaisers.

Aus Paris wird gemeldet: Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune" hatte eine Unterredung mit einer hochstehenden englischen Persönlichkeit. Er berichtet darüber: Wilhelm von Hohenzollern wird nicht bestraft werden. Die Alliierten werden Holland zur Auslieferung nicht zwingen. Tatsächlich sind die Alliierten über Hollands Haltung sehr glücklich, da sie dadurch von einer unbequemen Verantwortlichkeit befreit werden. Mit dieser Angelegenheit werden sich die Ehefs der französischen, englischen und italienischen Regierung noch einmal beschäftigen, wenn in der nächsten Woche Millerand und Nitti nach London kommen. Bei dieser Gelegenheit soll auch die türkische, die russische und die Adriafrage besprochen werden. England und die anderen Alliierten werden befürworten, daß dem früheren Kaiser die Erlaubnis entzogen wird, in Holland selbst zu bleiben, wo er eine ständige Bedrohung des Friedens der Welt darstellt. Holland wird aufgefordert werden, ihn auf einer fernen Insel Ostasiens zu internieren und Sicherheit dafür zu leisten, daß der Kaiser dort scharf bewacht wird.

Von derselben Persönlichkeit erfuhr der Korrespondent der „Chicago Tribune", daß die Alliierten Deutschlands Weigerung [illegible] ausgeliefern, nicht als bedeutungsvoll [illegible] der Auslieferungsliste [illegible] Kompromiß zustan[illegible] tlich Schuldigen selbst [illegible]

[illegible] Tage hat jetzt in Paris [illegible] der „Matin" glaubt heute [illegible] ißen und diese nur nicht [illegible] auche der deutschen Reg[illegible] n Truppen weder [illegible] Jahren Kob[illegible] umen würden, sola[illegible] kommen sei. Auch Der[illegible] man solle die Dinge nic[illegible] ilen, die die deutsche [illegible] Die „Humanité" [illegible] Monate nach Beendi[illegible] e Aera der Re[illegible] en.

[illegible] Frankreich und Belgien [illegible] Armeeführer ge[illegible] rt haben — mit Aus[illegible] ngen. Auf der Liste [illegible] der Kommandi-enden [illegible] ade derjenigen Persön[illegible] ont, im besetzten Gebiete, [illegible] og von Hessen auf [illegible] Geheimnis. Er hat den [illegible] ucht. Der auf der Liste [illegible] Kommandant von Lille, [illegible] General Heinrichs, [illegible] mandant von Antwerpen. [illegible] u Elsa Schreiner, begangen haben soll, ist nicht [illegible] wenig läßt sich sagen, ob der von Frankreich geforderte „Schoen" der ehemalige Botschafter in Paris und ob „Zimmermann" der ehemalige Staatssekretär ist. Den Grafen Bernsdorff haben die Franzosen wahrscheinlich auf die Liste gebracht, weil er den inzwischen erschossenen Bolo Pascha als Agenten benutzt haben soll. Freiherr von der Lancken, von dem der „Matin" am 2. Februar meldete, er werde sich „als diplomatischer Mitschuldiger an der Ermordung der Miß Cavell" auf der Auslieferungsliste befinden, ist nicht unter den Erwähnten, dagegen befindet sich unter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200208-19/fragment/page=0009